

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 12.— M., bei Selbstabholung 11.— M.; Preis der Einzelnummer 50 Pfennig
Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506
Postleitzkontos Nr. 53477 :: :: :: Postleitzkontos Nr. 53478

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telex: 3000 M.; Familienanzeichen, die 7 getaktete Zeile 2,40 M.
Reklame-Kontos Nr. 12.— M.; Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der Stand der Steuerfrage.

Verhandlungen mit den Rechtsparteien.

Am 24. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern abend beim Reichskanzler Verhandlungen über das Steuerkompromiß statt. Beide Parteien waren, wie die Freiheit mitteilt, neben den beiden Regierungsparteien Zentrum und Sozialdemokraten auch Demokraten, Bayerische Volkspartei und Deutsche Volkspartei. Die Zustellung der letzteren scheint auf die Absicht der bürgerlichen Parteien hinzudeuten, mit dem Steuerkompromiß die Regierungserweiterung nach rechts zu verbinden. In der Sitzung wurde auch die Frage der Zwangs-Goldanleihe behandelt. Zu einer Verständigung in dieser Frage ist es ebensowenig gekommen wie zu einer Übereinstimmung in der Frage der Verbrauchs- und Betriebssteuerung, so daß feststeht, daß der Reichskanzler in der heutigen Sitzung die geplante große Rede nicht halten wird. Von den Rechtsozialisten wurde in der Sitzung die Verzinsung der Zwangsanleihe durch Industrie und Landwirtschaft vertreten. Von anderer Seite wurde demgegenüber der Vorschlag gemacht, die Anleihe für die erste Zeit überhaupt nicht vergleichlich zu gestalten und für später niedrige Zinszahlungen in Aussicht zu stellen. Die in der Sitzung gemachten Vorschläge werden gegenwärtig in den Fraktionen beraten. In der rechtsozialistischen Fraktion erstaute Hermann Müller Bericht über die Verhandlungen. Nach kurzer Debatte hat sich die sozialdemokratische Fraktion bis heute nachmittag vertragt. Das Berliner Tageblatt schreibt zu den Verhandlungen, daß ein Weg zur Annäherung dadurch gefunden sei, daß die Mehrheitssozialisten die Erfassung der sogenannten Goldwerte bereits fallen gelassen haben und jetzt mit den andern Parteien über die Modalitäten einer Zwangsanleihe verhandeln, die an die Stelle der Sachwert erfassung treten sollte. Es sei klar, daß eine Regierung Helfferich-Stresemann sich ebensowenig halten könne wie eine rein sozialistische Regierung, und daß der Auweg von Neuwahlen, auf den Kothe in seiner Rede vom Sonntag hingewiesen habe, im gegenwärtigen Moment höchst unzeitgemäß sei. Das Blatt hofft deshalb, daß die Koalition der Mitte die vom Schidhal gegebene Notwendigkeit einsehen und sich für das notwendige Kompromiß zusammenfinden werde. In der Politik komme es nicht nur darauf an, daß man das Richtige tue, es sei erforderlich, daß das Richtige zur rechten Zeit geschehe.

Der Vorwärts äußert sich sehr unzufrieden über die Zustellung der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei zu den Verhandlungen. Er sagt: „Die Zustellung der beiden Volksparteien war nicht geeignet, die Stimmung der Fraktion zu bessern, denn niemand will, daß die Steuerfrage in die Wahn der großen Koalition eindringt wird. Wenn die bürgerlichen Mittelparteien eine Politik in ihrem Sinne machen wollen, ohne auf die Forderungen der Sozialdemokratie Rücksicht zu nehmen, dann werden sie den Partner, den sie zur Mehrheit brauchen, nicht links, sondern weit rechts, ganz rechts suchen müssen.“ Im übrigen erklärt der Vorwärts noch einmal, daß die Sozialdemokratie nicht gewillt sei, von der Forderung der Erfassung der Goldwerte zunächst in der Form einer Zwangsanleihe abzugehen. Das Widerstreben der bürgerlichen Parteien gegen diese Gedanken sei um so weniger verständlich, weil jeder Politiker unterrichtet sei, daß die Zwangsanleihe ja doch kommen werde. Waren sie bereit, die Regierung Wirth stützen zu lassen, um in ein paar Wochen doch zu tun, was zu beschließen sie sich einstweilen scheinbar auf jede Konsequenz hin weigern? Der Vorwärts sagt weiter, es habe sich herausgestellt, daß auch über andre Fragen, wie über die Höhe einzelner Verbrauchssteuern, die Umfahnter der Genossenschaften, die Bewertung der Grundstücke bei der Vermögenssteuer, erhebliche Meinungsverschiedenheiten beständen. Die Situation werde durch den Umstand kompliziert, daß bis zum 27. Januar der Garantieplan vorgelegt werden soll, und daß der Reichskanzler zuvor mit einer Erklärung vor den Reichstag treten müsse, deren zustimmende Aufnahme durch die Volksvertretung ihm erst die nötige Autorität gegenüber dem Auslande sichere. Er sagt zum Schlus: „Einstweilen werden die Ausichten, eine Lösung zu finden und die niemandem willkommene Reaterungsreihe zu vermeiden, wenig günstig beurteilt.“

Stinnes auf dem Sprungbrett.

Ein bürgerlicher Demokrat über den bevorstehenden Umfall der SPD.

In der Welt am Montag nimmt v. Gerlach zu dem Problem der Steuerfrage Stellung. Unter der Stichmarke „Große Koalition — großer Rüdelsmuddel“ weist er darauf hin, daß auf den Rechtsozialisten wieder einmal „die ganze Verant-

wortung für den Kurs der deutschen Politik laste“. Er kennzeichnet die gegenwärtige Situation weiterhin, indem er schreibt: „Die beiden sozialdemokratischen Parteien sind für die Steuer auf die Sachwerte. Sie wissen, daß nur diese radikale Reform unserer Finanzen einigermaßen gesund machen kann. Sie wissen, daß die steuerliche Gerechtigkeit, die bisher in Deutschland ein Sühnwort war, nur durch diese Maßregel auf den Thron gebracht werden kann. Sie wissen, daß diese Steuer, die an die Quelle geht, auch wirklich das bringen wird, was sie bringen soll, während andere direkte Steuer auf dem Wege der Veranlagung und Erhebung versäumt werden und sich verzögern. Sie wissen, daß die gesamte Arbeiterschaft, ohne jeden Unterschied der Farbung, ja, daß weit darüber hinaus alle Lohn- und Gehaltsempfänger die Steuer auf die Sachwerte lebenshaftlich begehren als eine wahrhaft soziale Tat, als den, wenn auch später, so doch damit um so wirksameren Ausgleich gegenüber der bisherigen Ungerechtigkeit der Steuerabzüge vom Arbeitseinkommen. Sie wissen schließlich auch, daß nichts mit solcher Sicherheit zur Beseitigung der unfehligen Spaltung zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen führen würde, wie ein gemeinsam unter der gemeinsamen Parole: „Erfassung der Sachwerte!“ geführter Wahlkampf.“

Dennoch zögern die Mehrheitssozialisten, diese Parole zum Paradigma ihrer Stellungnahme zu machen. Sie scheinen noch zu zögern, denn innerlich ist die Mehrheit der Abgeordneten wohl schon zum Umfall entschlossen. Ich bin davon überzeugt, seitdem ich die Breslauer Rede Franz Krügers vom 12. Januar gelesen habe, die eine einzige Vorbereitung auf das Kompromiß war. Franz Krüger aber wird von allen Sachkennern als das sozialdemokratische Parometer angesehen ...“

Politisch wäre das Verhalten der Sozialdemokratie unverantwortlich. Es ist einfach ein Rückfall in jene Scheinopportunistische Taktik, die während des Krieges die Mehrheitssozialdemokratie so peinlich kompromittiert hat. Auch da bewilligte man noch die Kriegskredite einer erzäcktionären Regierung selbst zu einer Zeit, als die Zustände in Deutschland geradezu ein Höhepunkt auf die abschrecken — ich sage gar nicht: sozialistischen, nein, einfach demokratischen — Mindestforderungen geworden waren. Man zog den faulen „Burgfrieden“ einem ehrlichen innerpolitischen Kampf vor, verlängerte dadurch den Krieg und änderte doch nichts an seinem jammervollen Ausgang.“

Und welche Wirkung wird dieses faule Steuerkompromiß, dieser neue Umfall der Rechtsozialisten, dieser abermalige Verrat der Interessen der Arbeiterklasse zeitigen? Gerlach schildert sie also:

„Das Steuerkompromiß ist der unmittelbare Vorläufer, wenn nicht einfach die Begleiterscheinung der „großen Koalition“. Mit anderen Worten: mit dem Verzicht auf die Erfassung der Sachwerte steht die Sozialdemokratie gleichzeitig die Deutsche Volkspartei in dieselbe Machtstellung im Reich, die sie in Preußen bereits eingeräumt hat. Hugo Stinnes, längst der Industriekönig Kaiser Deutschlands, wird nunmehr auch politischer Mitregent.“

Der Wassensund in Heidenau.

Ein Brief Renaudels an Poincaré.

Paris, 23. Januar. Der aus Deutschland zurückgekehrte Pierre Renaudel hat an Poincaré einen Brief gerichtet, den er im Populaire veröffentlicht hat. Er wendet sich darin gegen die Behauptung Poincarés in seiner Parlamentsrede vom Donnerstag, die Arbeiter von Heidenau hätten die Haublöhne verstiegen. Renaudel erläutert, er habe nach dem Zwischenfall von Heidenau dort gesprochen. Die Tatsachen hätten sich ganz anders vollzogen, als Poincaré sie im Parlament mitgeteilt habe.

Die erste Note Poincarés an die englische Regierung.

Paris, 24. Januar. (Berliner Volks-Anzeiger.) Die erste der Noten der französischen Regierung an die englische Regierung ist abgesandt worden. In ihr wird zunächst eine Darlegung der historischen Vorgänge gegeben, die zu den Verhandlungen über das englisch-französische Garantieabkommen geführt haben. Sie enthält ferner den französischen Standpunkt und die Abänderungen, die Poincaré an dem veröffentlichten Projekt wünscht. Die Frage der Konferenz von Genoa ist nicht behandelt.

Paris, 23. Januar. Wie der Matin mitteilt, verlangt die französische Regierung von der englischen, daß der Schutzvertrag nicht für die Dauer von 10 Jahren, sondern für die Dauer von 25 Jahren abgeschlossen werden solle. Die französische Regierung verlangt ferner, daß jede Verletzung der von den Alliierten besetzten Linien seitens Deutschlands als ein feindseliges Akt betrachtet werde, der den Status quo auctoris schaffe. Ein deutscher Angriff gegen die englischen Linien im Rheinland solle ebenfalls als Kriegsakt betrachtet werden, durch den die französische Hilfe von selbst gegeben sei. Schließlich verlangt Frankreich, daß die militärische Hilfe zwischen den beiden Mächten in einer Militärkonvention klar zum Ausdruck gebracht werde.

H. B. Es ist noch nicht die Zeit gekommen, da eine Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands in voller Abgeklärtheit geschrieben werden kann, aber das Buch Pragers* erfüllt trotzdem ein Bedürfnis und ist ein Verdienst. Ueber die Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratie, über ihren Ursprung und ihre Ansätze liegen die dunklen Schleier der Kriegszeit mit ihrer Anebelung des freien Wortes gebreitet. Vieles, was wichtig ist für ihre Geschichte, Aufsätze, Tagungsberichte, Neuerungen ihrer Führer usw. konnte unter dem Druck der Kriegsgesetzur damals überhaupt nicht der breiteren Öffentlichkeit übermittelt werden. So war es z. B. unmöglich, ein wahrheitsgetreues Protokoll über den Gründungsparteitag zu Gotha in den Ostertagen 1917 herauszugeben, und die sehr abgeschwächten Berichte unserer Presse sind damals erst durch die Hände des Kriegszensors gegangen und haben sich noch manche Verkümmelung gesessen lassen müssen. Dazu kommt, daß ein großer Teil unserer heutigen Parteigenossen zu jener Zeit im Felde war und von den Vorgängen in der Heimat nur düstlige und lästige Nachrichten erhielt. Deshalb wird dieses Buch den Genossen, die damals nicht mit in der Arbeit für den Aufbau unserer Partei stehen konnten, zeigen, wie unsre Partei wurde, wie sie aus historischer Notwendigkeit geboren wurde und wie sie in schweren inneren und äußeren Kämpfen ihre historische Mission bis heute zu erfüllen gesucht hat. Diese Darstellung ihrer Vergangenheit wird allen Genossen das Verständnis ihrer Gegenwart erleichtern, wird sie das Wesen unsrer Partei tiefer erfassen lassen und sie stärken für die schweren Aufgaben, die ihr noch bevorstehen, bis sie wieder in die große allgemeine Sozialdemokratische Partei Deutschlands aufgehen kann. Prager schließt sein Buch mit den Worten: „Die Massen des Proletariats mit dem Geist des wissenschaftlichen Sozialismus zu erfüllen, sie mit Klugheit und Wollen zu durchdringen, ihnen Kämpfen führend voranzugehen, das wird auch künftig die Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sein.“ Das heißt nicht, daß die Partei sich als Selbstzweck sieht. Aber ganz richtig sagt Prager in seinem Schlussabschnitt: „Wie auch immer die Zukunft der Unabhängigen Sozialdemokratie sich gestalten mag, sie kann von der geschichtlichen Bühne nicht eher abtreten, bevor nicht die von ihr vertretenen Grundsätze verwirklicht sind. Kein Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie hat den Wunsch, die Partei als Selbstzweck aufrechtzuhalten auch über die Stunde hinaus, in der ihre geschichtliche Aufgabe erfüllt ist: das von sozialistischem Blut erfüllte Herz der Arbeiterbewegung zu sein...“

Dass die Partei ein Recht hat, diese Sprache zu führen, dafür ist das Buch Pragers der sprechendste Beleg. Die Unabhängige Sozialdemokratie darf, so jung sie ist, so schwach ihre Organisation in entscheidenden Augenblicken war, von sich sagen, daß ihr Name unauslöschlich in die Geschichte des Deutschen Reiches und der deutschen Arbeiterbewegung eingetragen ist. Wie sie in der Kriegszeit den Sozialismus gerettet, die Internationalität der Arbeiterbewegung vor völliger Vernichtung bewahrt hat, so darf sie von sich sagen, daß sie in schweren Schicksalsstunden des deutschen Volkes und des deutschen Proletariats den Entscheid nach der Seite der politischen Vernunft gegeben hat, daß sie trost numerischer Schwäche einen politischen Einfluss ausüben konnte, der in diesen Stunden den der Rechtsozialisten überwog, weil sie die sozialistische Erkenntnis, weil sie die große sozialistische Perspektive für sich hatte.

In schweren inneren Kämpfen, die jeder einzelne mit sich selbst ausschönen mußte, als es sich um die Entscheidung handelte, ob die Einheit der Arbeiterbewegung, ob die fest eingewurzelte Disziplin gegenüber der Mehrheit höher steht als die Pflicht zur Vertretung der sozialistischen Grundätze in kritischer Stunde, in solchen harten inneren Ningen und in schweren äußeren Kämpfen gegen eine engstirnige Parteibureaucratie und gegen die Gewalt des Militarismus, der seine unumschränkte Herrschaft in Deutschland aufgerichtet hatte, ist die Partei geworden. Sie hat ihr Heldenalter gleich an der Wiege gehabt. Der Opfer, die damals gesunken sind, die außer Amt und Brot kamen, die in die Gefängnisse oder in die Schülzengräber gestellt wurden, sind viele, und Pragers Buch zählt einzelne Todesopfer zweifacher Verfolgung auf. Aufreibender aber fast noch als diese Kämpfe waren die Auseinandersetzungen, die schon in den ersten Tagen, als sich in der Opposition gegen den Kriegssozialismus die ersten Keime der USPD bildeten, mit den Ultra-Nationalen, den Leuten vom Spartakusbund und

* Eugen Prager, Die Geschichte der USPD, Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Partei Deutschlands, Berlin, Verlagsgesellschaft Freiheit, 230 Seiten, mit Sach- und Personenregister. Preis geb. 50 M. (Parteigenossen erhalten die Schrift durch die Parteiorganisation zu ermäßigtem Preise.)

andern Gruppen zu führen waren, aus denen sich später die Kommunistische Partei bildete. Diesen schwächeren Gegenseitig in sich selbst wurde die Partei auch damals nicht los, als in den letzten Dagen vor dem Kriege die Kommunistische Partei gegründet wurde. Eine Richtung, die später die neokommunistische genannt wurde, blieb und verlor immer wieder, die Partei von ihrem getroffenen Wege ab in die Sümpfe des Anti-Parlamentarismus, des Putschismus und des Kampfes gegen die Gewerkschaften zu drängen, und sie war es schließlich, die die Partei auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung, als sie begründete Aussicht hatte, die rechtssozialistische zu überflügeln und zur Führerin des deutschen Proletariats in seiner Gesamtheit zu werden, auf Moskaus Schachbrettschlag. Bis zur Schilderung dieses Verbrechens, bis zum Parteitag von Halle geht die Darstellung Pragero.

Solche Arbeit ist auch deswegen besonders zu begrüßen, weil sie an der Hand der Dokumente und anderer Tatsachen eindringlich schildert, wie die USPD. aus geschichtlicher Notwendigkeit entstand. Prager holt dazu weit aus, gibt eine Charakteristik der geistigen Sozialdemokratie vor dem Kriege, die er mit einer kurzen Schilderung der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands seit dem deutsch-französischen Kriege bis zum Weltkrieg geschichtsmaterialistisch unterbaut. Er hat hier sehr fleißig gearbeitet und seine Schilderung des Lebens der Sozialdemokratie vor 1914 ist anschaulich und lebendig geschildert. Eingeschoben schildert er dann das Verhalten der Sozialdemokratie oder richtig ihrer Führungskräfte bei Kriegsausbruch und in den ersten Kriegsmonaten. Es ist das sehr wichtig, weil erst so dem Leser das Verständnis dafür erschlossen wird, daß es zur Spaltung kommen mußte. Und diese Darstellung widerlegt zugleich auch die bei den Rechtssozialisten sehr beliebte Behauptung, daß die USPD. an dieser Spaltung Schuld trage. Die Blätter des Pragerischen Buches wissen viel davon zu erzählen, wie der Kern der Opposition, aus dem sich die USPD. später kristallisierte, mit aller Energie darauf bedacht war, die Einheit der politischen Organisation der Arbeiterklasse zu erhalten, wie er alle die wiederholten Auseinandersetzungen der Spartakisten, durch die Beltagoverweigerung an den Parteivorstand die Partei zu zerstören, immer wieder entschlossen abgelehnt hat. Wenn es trotzdem dazu kam, daß die Opposition sich als gesonderte Partei konstituierten mußte, so trägt die Schuld daran der verhöhrte Verstand, die jammervolle Nutzlosigkeit der rechtssozialistischen Führung, die da glaubte, mit Gewalteinwirkung diese geistige Bewegung niederschlagen zu können. Sie hat die Opposition bewußt aus der Partei hinausgedrängt, um allein Herrschen zu können. Sie hat die Forderung, daß der Opposition die Möglichkeit gegeben sein müsse, die sozialistischen Grundsätze, so wie sie es für ihre gebietserische Pflicht hielt, in der Deutschen Reichsleitung zu vertreten, rundweg abgelehnt und sie hat durch brutale Gewaltmaßregeln gegen die Redaktionen unbedeckter Oppositionsblätter und gegen die Vertreter der Opposition im Reichstag, sowie endlich durch ausdrückliche Ausschaltung der oppositionellen Genossen und Freunde aus der Partei die Spaltung zur nicht mehr zu umgehenden Notwendigkeit gemacht.

Das alles ist vielen, die heute in unsrer Nächsten stehen, gar nicht oder nur sehr lückenhaft und unvollkommen bekannt; deshalb ist es ein Verdienst Prageros, daß er diese schon halb vergessenen Seiten unserer Partegeschichte aus dem Dunkel hervorgezogen und zu einer klaren Darstellung gebracht hat, die besonders deshalb auch überzeugend wirkt, weil der Verfasser nicht an der Oberfläche haften bleibt, sondern die psychologische und ökonomische Bedeutung der Geschehnisse bloßzulegen weiß, kurz, weil er den historischen Sozialismus in seiner Arbeit fruchtbar anwendet.

Gegenüber diesen vielen Vorzügen des Werkes fällt es weniger ins Gewicht, daß die Darstellung trocken allen Fleisches Pragers, der sein Werk nicht in der Abgeschlossenheit des Gelehrten, sondern als vielseitigster Redakteur der Freiheit und als Agitator der Partei schreiben mußte, einzelne Lücken aufweist. Im Interesse der historischen Wahrheit und zum Nutzen aller Genossen, die das Buch lesen werden, müssen sie aber hier festgestellt werden. Vorweg sei bemerkt, daß der erste Teil des Buches, der bis zur Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratie geht, der weitaus besser ist. Ich habe den Eindruck, daß der Verfasser hier ruhiger arbeiten konnte, und daß später der Zwang, das Werk innerhalb bestimmter Frist fertigzustellen und sich auf einen gegebenen Raum zu beschränken, die Darstellung beeinträchtigt hat. Es besteht ein gewisses Missverhältnis in der Disposition. Die Vorgeschichte der Partei kommt zu gut weg im Vergleich zu der Darstellung ihres eigenlichen Wirkens.

Das Schulgesetz vor dem Reichstag.

Berlin, 23. Januar.

P. Der seit Monaten vorliegende Entwurf des längst notwendigen Reichschulgesetzes kam heute endlich im Reichstag zur ersten Lesung. Der Entwurf — darüber ist schon eingehend gesprochen worden — trägt alle Merkmale eines völlig unzulänglichen Kompromisses zwischen den Forderungen der Anhänger des weltlichen und jenen des religiösen Schulwesens. Die Debatten ist gleich am heutigen ersten Tage teilweise ganz lebhaft geworden. Da die Schule dem, der sie gestaltet und leitet, ein Machtfaktor ersten Ranges ist, braucht man sich über die Vorstöße, die schon heute gegen die im Gesetz vorhandenen bestehenden Ansätze an Fortschritten von den offenen und verkappten Mustern unternommen werden sind, nicht zu wundern. Es ist durchaus möglich, daß der Gesetzentwurf bei den folgenden Ausschusssitzungen noch verschärft wird. — Dem rechtssozialistischen Sprecher Hellmann kann beim besten Willen nicht nachgesagt werden, daß er bei der Vertretung des Prinzips der neuzeitlichen freien Staatschule ein Übermaß von Leidenschaft entwickelt hätte. Da trat der gesuchte Name von den Deutschnationalen viel forschender für sein Ideal einer Musterschule ein. Die Vorlage erscheint diesem Geschäftsmann des Herrn schon so voller Sünde wider den heiligen Geist der religiösen Schule, daß er ihr am liebsten nicht einmal die Behandlung im Ausschluß gestattet hätte.

Eine Stunde lang quälte dieser Mann im Tropfse seiner schmalzigen Phrasen. „Im Namen der Freiheit“ forderte er zum Schluss eine Schule „christlicher“ Gehirnkneeling.

Ein Beispiel für den Niederbruch des deutschen Liberalismus auch auf idealem Gebiete war der vollparteiliche Schulmann Runkel, der stolz und mit gutem Mutterwitz seine Thesen vertrat. In diesen Thesen konnte selbst mit der Laterne keine deut-

liche Spur jenes Geistes gefunden werden, mit dem vor einem halben Menschenalter liberale deutsche Lehrer für eine von mucke- rischen Täufeln freie Volksschule kämpften. Runkel erblieb seine Aufgabe in einer Verherrlichung der zweifelhaften Verdienste sozialistischer Organisationen um das Schulwesen. Der Mann hält sich die Augen zu, um nicht erkennen zu müssen, daß die Kirche immer nur deshalb nach der Schule gegriffen und ihrem Einfluß auf sie gefordert gemacht hat, weil sie mit der Beherrschung der Schule die eigene machende Macht zu festigen vermochte.

Den Standpunkt unserer Partei wird morgen als erster Redner in der fortzuführenden Debatte Genosse Kunert erläutern.

Sozialistische Mehrheit im braunschweigischen Landtag.

31 sozialistische gegen 29 bürgerliche Abgeordnete.

Wie die Braunschweigische Landeszeitung meldet, sind nach den nun verliegten Wahlresultaten bei den Landtagswahlen abzusehen:

Unabhängige Sozialdemokr. 74 490 St., Landtagswahl 1920: 56 120 St. Wehrheitssozialdemokraten 52 400 St., Landtagswahl 1920: 34 228 St. Kommunisten 10 230 St., Landtagswahl 1920: 2429 St. Landeswahlverband 10 0718 St., Landtagswahl 1920: 81 057 St. Demokraten 28 733 St., Landtagswahl 1920: 21 890 St.

In diesen Zahlen ist das Ergebnis der Wahlkrise nicht berücksichtigt, was jedoch an der Verteilung der Mandate nichts mehr ändert. Es werden erhalten:

Unabhängige Sozialdemokr. 17 Mandate (23) Wehrheitssozialdemokraten 12 Mandate (9) Kommunisten 2 Mandate (—) Landeswahlverband 23 Mandate (23) Demokraten 6 Mandate (5)

Demzufolge wäre gegenwärtig dem vermeintlichen Ausklang des Bürgertums auch in Braunschweig eine knappe sozialistische Mehrheit erhalten geblieben. Braunschweig bleibt somit im Bunde mit Sachsen und Thüringen der sozialistischen Hört in Mitteldeutschland. Das ist für die Entwicklung der innerpolitischen Machtposition Deutschlands von nicht geringer Bedeutung. Die Machtposition zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse mehren sich und der Gewinn in Braunschweig ist um so höher anzuschlagen, als die Arbeiterklasse unter besonders ungünstigen Umständen zu kämpfen hatte. Nach den Methoden des einstigen Reichstagsgenossen hat man in Braunschweig allen Schwung aufgewühlt. Von großer Bedeutung für den Kampf der Arbeiterklasse war die Affäre Sepp Dörter, die natürlich im Vordergrunde der Verleumdungsmechanismen durch das Bürgertum stand. Sepp Dörter ist wieder gewählt worden, er stand an zweiter Stelle der Liste unserer Partei. Beträchtet man das zunächst vorliegende ziffernmäßige Resultat der Wahl, dann ist das Ergebnis für die Gefamil-Arbeiterklasse ein durchaus nicht ungünstiges. Gegenüber den letzten Landtagswahlen im Jahre 1920 verlor unsre Partei 12 000 Stimmen wohingegen die Rechtssozialisten über 18 000 und die Kommunisten annähernd 8000 Stimmen Gewinn, der durch die Spaltung von Halle zu erklären ist, zu buchen vermochten. Gegenüber einem Verlust von 12 000 steht daher ein Gewinn von rund 20 000 Stimmen, so daß die Arbeiterparteien mit einem erfreulichen Ergebnis abgeschlossen vermuten. Freilich haben auch die bilgerischen Parteien einen Zusatz an Stimmen zu verzeichnen, der aber nicht die Höhe erreicht, wie der der 3 Arbeiterparteien. Der Verlust unsrer Partei ist, wie wir schon bemerkten, zum Teile auf die Vorgänge, die sich in Verbindung mit dem früheren Ministerpräsidenten Dörter abwiderten, zurückzuführen. Infolge dieser Einwirkungen vermag die Wahl in Braunschweig kein völlig positives Bild zu geben darüber, wie sich die Arbeiterschaft gegenüber unsrer Partei im Angesicht der letzten Beschlüsse des Völkerbundes stellen wird. Soviel aber steht fest, daß im Gegensatz zu den letzten Wahlen und im Angesicht der örtlichen Vorfälle der Verlust an Stimmen für unsre Partei zwar bedauerlich ist, immerhin aber scheint sich ein merklicher Umschwung bemerkbar zu machen.

Wenn man freilich die Ergebnisse der letzten Reichstagswahl dem jüngsten Wahlresultat in Braunschweig gegenüber legt, dann steht das Resultat weniger günstig aus infsofern, als damals unsre Partei 108 000 Stimmen musterte, während die SPD. 40 000 und die SPD. knapp 200 Stimmen zu buchen hatte. Die drei Arbeiterparteien in ihrer Gesamtheit zählten reichlich 140 000, während gegenwärtig nur etwa 137 000 Stimmen gezählt worden sind. Demzufolge hätte sich gegenüber den Reichstagswahlen ein Minus von 3000 Arbeitervoten ergeben, die, zweifellos durch die inneren Fraktionsspalte erweitert, in das Lager des Indifferenzismus abgewandert sind. Gegenüber dem Stand der letzten Reichstagswahlen ist allerdings das Wahlergebnis unsrer Partei bei den Wahlen vom Sonntag ein wenig erfreulicher, da wir dem gegenüber fast 34 000 Stimmen eingeblüßt haben.

Bolschewistische Methoden.

Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden.

Nora Engemburg.

Den nachstehend folgenden Brief entnehmen wir dem Organ der Freien Arbeiterunion Der Syndikalist. Er beweist, wie die Bolschewisten über die „Freiheit“ politischer Betätigung denken. Der Brief spricht für sich. Jedes Kommentar würde den Inhalt lediglich abschwächen. Er beweist, daß in Russland lediglich die ömlich abgesempelte bolschewistische Gesinnung die Möglichkeiten irgendwelcher Betätigung hat. Alle andersdenkenden Arbeiter von rechts sowohl als auch von links versöhnen der Tscheka, deren Wirklichkeit nur gegen die Kapitalisten aufgehoben wurde.

21. Dezember 1921.

Liebe Kameraden! Die „neue ökonomische Politik“ der Bolschewisten hat die wahnsinnige Verfolgung anderer politischer Parteien und Bewegungen nur noch verstärkt. Ganz besonders sind die Anarchisten die Opfer des bolschewistischen Terrorismus. Die Hinrichtung von Lev Tschorny, Tanny Baron und 8 anderen Anarchisten (im September 1921) in Verbindung mit dem angeblichen Fall von Räuberverein war gefolgt von zahlreichen Verhaftungen unserer Kameraden in ganz Russland. Mitglieder der „Golos Truda“ wurden verhaftet in Petrograd und Moskau; ebensowohl wurden viele Anarchisten in der Ukraine, im Ural und an der Wolga verhaftet. Von Schafal unserer festgenommenen Kameraden im Osten und Süden wissen wir bis heute nichts. Die in Petersburg und Moskau verhafteten Mitglieder der „Golos Truda“ sind zuletzt in Freiheit gebracht worden. Aber zahlreiche Mitglieder anderer Gruppen und Organisationen sind noch immer im Gefängnis und erledigen Rüte, Hunger und Entbehrungen.

Jene unserer Kameraden, die es ablehnen, Provokatoren zu werden, sehen sich entweder dem Tode gegenüber, oder sie sterben einen allmählichen Hungertod im Gefängnis.

So unglaublich wie es sich anhört, für jene, die noch immer Bolschewismus mit revolutionärem Idealismus verwechseln, ist eine feststellbare Politik der gegenwärtigen russischen Regierung, die politischen Gefangenen zu Provinz zu zwingen. Selbst demoralisiert bis auf das Äußerste, für das bolschewistische Regime Demoralisation unter seinen politischen Gegnern. Unter der Androhung des Todes — eine Drohung, die nur so häufig wahr gemacht wird — sind viele politische Gefangene dazu gezwungen worden, in die Tscheka (Ausserordentliche Kommission) einzutreten und so dieser Denkschau in ihrer höllischen Arbeit Dienste zu leisten. Aber

glücklicherweise gibt es noch immer tapfere Helden, die sogar der bolschewistische Terror nicht brechen kann. So z. B. ein Petrosgrader Genosse, dem die Freiheit unter der Bedingung angeboten wurde, daß er verräte würde. Er schlug den betreffenden Tscheka-Offizier ins Gesicht. Infolgedessen sitzt dieser Kamerad noch immer im Gefängnis.

Es ist nur zu klar, daß die Mächte in Moskau entschlossen sind, die Anarchisten entweder in Tschekan zu verwandeln oder sie auszutotzen. So z. B. wurden im September zehn unserer Kameraden hingerichtet. Und die Moskauer Tscheka verhaftete damals zahlreiche Kameraden, die nicht den mindesten aktiven Anteil an unserer Bewegung genommen haben. Später fielen auch die Universalisten, die bis dahin nicht als Gegner der Bolschewikregierung gerechnet wurden, unter den Bann. Gegen Ende Oktober wurde es in Moskau endgültig bekannt, daß ein internationaler anarchistischer Kongreß im Dezember abgehalten werden sollte. Die Moskauer Sektion der Universalisten machte eine formell gesetzte Einladung an das Kommissariat der kommunistischen Partei, in der um die Erlaubnis gebeten wurde, an dem Kongreß teilzunehmen. In der Einladung wurde um Nähe nachgefragt für verschiedene Delegierte der Gruppen, darunter einige sehr bekannte Anarchisten Russlands: Aslaroff, Shapiro und Stjensko, die alle Mitglieder des Sekretariats der Moskauer Sektion sind. Einige Tage später wurde ein Anzahl der Universalisten verhaftet; unter den Verhafteten befanden sich auch die obengenannten Kameraden. So nahmen wir an, daß das der gewöhnliche Trick der Bolschewisten sei, die obenerwähnten Kameraden an der Teilnahme des Kongresses zu verhindern. Aber man denke sich unsern Schreien und Unwillen aus, als wir erfuhren, daß die Bolschewisten diese Kameraden nun beschuldigten der Räuber, Nachwollwissens, Verleumdung und der Verantwortlichkeit der Flucht von politischen Gefangenen aus dem Krasin-Gefängnis (Sommer 1921)! Also, was diese Beschuldigung bedeutet, ist nur zu gut bekannt. Es bedeutet: Rossrot — Geschlehen ohne Untersuchung, ohne auch nur den Menschen anzusehen, Geschlehen in der Stille der Nacht. —

Kameraden, Freunde! Aslaroff, Shapiro, Stjensko und die andern Kameraden sind in großer Gefahr, auf Grund dieser niedergeschlagenen Beschuldigung erstickt zu werden.

Der Zweck, den die Bolschewisten hiermit verfolgen, ist klar. Aslaroff und seine Kameraden gehören zu den wenigen Moskauer Anarchisten, die die Macht der Idee vertreten. Die meisten andern sind entweder erstickt worden, oder sie verfaulen in den Gefängnissen. Mit der Erschießung Aslaroffs und der andern veruchen die Bolschewisten zwei Ziele zu erreichen.

1. Rechtfertigung der Ermordung von Lev Tschorny, einen der sympathischsten Anarchisten Russlands, einen, der so populär und allgemein beliebt war, sogar unter politischen Gegnern, daß die Bolschewisten nicht wagten, ihn unter seinem wohlbekannten Namen Lev Tschorny hinrichten zu lassen. Sie ließen ihn erschießen unter dem Namen Turtschaninoff, ein Name, der nur seinen intimsten Freunden bekannt war. (Siehe Moskauer Tschowta vom 20. September 1921.)

2. Die Erschießung von Aslaroff und Genossen wird die Bolschewisten von den intelligentesten und beachtesten Universalisten befreien und deren Organisation zerstören unter der Begründung, daß sie mit der illegalen Gruppe „Lev Tschorny“ zusammen gearbeitet haben.

Kameraden! Wie lange sollen wir noch in Passivität das Regime von Mördern ertragen, die unauslöschlich und in systematischer Weise unter besten russischen Kameraden hinstordern? Diese Politik des bolschewistischen Terrors muß zu einem Ende gebracht werden. Aber unglaublichweise sind die Anarchisten Russlands allein machtlos, solches durchzuführen. Nur die gemeinsamen Anstrengungen unsrer im Ausland befindlichen Kameraden, unterstützt von dem revolutionären Proletariat Europas und Amerikas, kann dieses Blutbad beenden.

Kameraden! Wie ruhen euch auf, sofort Schritte einzuleiten, um jene, unsre Kameraden, zu retten, die noch nicht Opfer der kommunistischen Schreckensherrschaft geworden sind. Verlangt, daß die Bolschewisten Beweise für die Verleumdigungen, die gegen Aslaroff und Genossen erhoben werden, herbringen. Die Tscheka behauptet, daß sie im Besitz von Dokumenten ist (einige davon angeblich von Lev Tschorny), die Aslaroff der Räuber belasten. Wenn solche Dokumente tatsächlich existieren, sind nichts andres als Fälschungen der Tscheka. Verlangt diese Dokumente!

Unsre verhafteten Kameraden sind daran, einen Hungerstreik bis zum Tode zu erklären als Protest gegen den häßlichen Verlust der Bolschewisten, die Erinnerung an unsrer Kameraden Lev Tschorny zu schwärzen. Sie verlangen von euch, Kameraden, daß ihr ihnen moralisch beisteht. Sie haben ein Recht, eure Hilfe zu verlangen für die Rehabilitierung Lev Tschornys, den die Bolschewisten zuerst erschlagen haben, und den sie nun versuchen, zum gemeinen Verbrecher zu stempeln. Sie haben ebenfalls ein Recht, eure Hilfe zu erwarten für die Rettung der Genossen, deren ganzes Leben im Dienste revolutionärer Aktivität gestanden hat. Sogar jetzt nicht, Kameraden, sorgt dafür, daß eure Stimme sofort gehört wird — oder es dürfte zu spät sein.

Sozialismus nur bei „lohnenden Preisen“?

Die Neue Zeit, die Wochenschrift der Rechtssozialisten, einst eine in allen Kulturländern hoch angesehene Zeitschrift des wissenschaftlichen Sozialismus, ist auf ein überaus niedriges Niveau herabgesunken. In der Nr. 16. vom 13. Januar 1922 schreibt Heinrich Cuno über „Einheitsfront-Illusionen“, daß er der Einheitsfront des Proletariats nicht bis ans Herz gegenübersteht, daß er überhaupt keine Ruhe haben möchte und Klassenkampfes geradezu fürchtet, das geht aus dem ganzen Artikel hervor. Und wie er seine Ansicht begründet! Der Teil der bürgerlichen Wähler, der während des Krieges und nach dem Zusammenbruch zu den Rechtssozialisten gestoßen ist, könnte wieder nach rechts abschwören. Und dann könnten sich die in den staatlichen und kommunalen Büros sitzenden Beamten, die sich seit der Revolution zur Partei der Rechtssozialisten bekehren, wieder von dieser Partei abwenden. Und am Ende merkwürdiger Sozialisten zu halten, will Heinrich Cuno von einer Einheitsfront auf der Grundlage des Klassenkampfes nicht wissen.

Der erste Theoretiker der Rechtssozialisten steht also in einem kleinen reformistischen Sumpf, aus dem er nicht mehr herauskommen kann. In welchem Geist die Neue Zeit redigiert wird, zeigt auch ein Artikel in der gleichen Nummer über Sozialismus und Landwirtschaft von Dr. Fest-Wilmersdorf. Der Herr beschreibt das Buch Dr. Davids, in dem dieser für die Auflösung der ganzen deutschen Bodenslände in kleinbürgerliche Betriebe eintritt. Obwohl Dr. Fest auch ein Anhänger der Befreiung des platten Landes ist, äußert er Bedenken gegen den Davidischen Plan, den wie natürlich rundweg ablehnen. Hören wir aber die Gedanke Dr. Fests. Dr. David glaubt, der Kleinbetrieb würde eine Steigerung des Ertrags der landwirtschaftlichen Produktion herbeiführen. Die besorgt nicht Dr. Fest! Und er meint, es sei ihm doch recht zweifelhaft, ob hier nicht einmal und zwar sehr bald, die Unmöglichkeit eines Absatzes gärtnerlicher und tierischer Produkte zu lohnenden Preisen ein Halt gebieten würde.

Der „Sozialismus“ des Herrn Dr. Fest erschöpft sich also in lohnenden Preisen. Er nimmt zu den Problemen des Sozialismus Stellung vom Standpunkt der Profitwirtschaft. Für ihn ist nicht der Bedarf der Bevölkerung, sondern der Profit des Produzenten entscheidend. Dr. Fest erinnert an die Zeit, in der die Bauern ihre Ferkel nicht losgeworden sind. Gewiß, es gab eine Periode, in der es zahlreichen deutschen Klein- und Mittelbauern schlecht ging. Das lag aber hauptsächlich daran, daß die industriellen Proletarier mit solch niedrigen Löhnen abgesetzt wurden, die sie nicht in den Stand setzten, sich ausreichend zu ernähren. Auf dem Lande wußten die

Bauern nicht, wie sie ihre Produkte absetzen sollten, und in den Städten dachte die arbeitende Bevölkerung. Heute wird auf dem Lande zuwenig produziert, und die geringen Produkte, die das Land liefert, werden zu Bucherprielen abgezehrt. Das Ziel des Sozialismus ist die **Sozialstaatlichkeit** auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums. Sie muss vor allem für eine Steigerung der Produktion sorgen, damit alles soll werden. Die Gelehrte der kapitalistischen Profiwirtschaft müssen ausgeschaltet werden. Sonst ist ein Sozialismus überhaupt nicht möglich. Dass in einer solchen Wirtschaft das Wohl der produktiv Tätigen auf dem Lande ebenso gewahrt werden müsste, wie das Wohl der produktiv Tätigten in den Städten, ist selbstverständlich.

Beschämend ist es für die Rechtssozialisten, dass ihrem „wissenschaftlichen“ Organ die Dinge gefragt werden müssen. Mit solchen irgenden rechtssozialistischen Arbeiten riecht einen Unterrichtskurs für die Eltern und die Mitarbeiter der Neuen Zeit ein, damit ihnen die Anfangsgründe des Sozialismus beigebracht werden können.

Karl Matzoniini.

Eberts Gnadenerweise.

Der preußische Justizminister Dr. Alm Schenck hat unter dem 19. Januar d. J. eine allgemeine Verfügung betreffend Herbeiführung von Gnadenerweisen bei Verurteilung wegen eines in Verbindung mit der Auführbewegung vom März 1921 begangenen Straftat erlassen. Wie der amtliche Preußische Presse-dienst mitteilt, heißt es in der Verfügung u. a.:

„Der Herr Reichspräsident hat sich entschlossen, in welchem Umfang denjenigen durch außerordentliche Gerichte des Reichs verurteilten den Rest der Strafe bedingt zu erlassen, die insgesamt nicht mehr als ein Jahr Freiheitsstrafen zu verbüßen haben. Um urtheilige Härten gegenüber solchen Personen zu vermeiden, die wegen einer in Verbindung mit der Auführbewegung vom März 1921 liegenden Straftat durch ein ordentliches Gericht verurteilt sind, soll geprüft werden, ob hinsichtlich dieser Verurteilungen, jowohl ihnen, einschließlich der in Errechnung gebrachten Unterstrafe oder nach Bildung einer Gefängnisstrafe eine Freiheitsstrafe von nicht mehr als einem Jahr auferlegt werden. Ist die Herbeiführung eines Gnadenerweises oder die Gewährung bedingter Strafaussetzung geboten erscheint.“

Ich ersuche daher die Strafvollstreckungsbehörden (Staatsanwaltschaften, Amtsgerichte), die solche Verurteilten betreffenden Akten alsbald den Beauftragten für Gnadsachen vorzulegen. Die Beauftragten für Gnadsachen sollen prüfen, ob die Untersuchung des Strafvollzugs angezeigt ist, und sobald die Akten beim Gericht zur Entscheidung über die Gewährung bedingter Strafaussetzung vorliegen, Beichtleit das Gericht die Aussetzung der Strafe bzw. der noch zu verbüßenden Reststrafe, so bedarf es seiner Berichterstattung. Lehnt das Gericht die Aussetzung der Strafe ganz oder zum Teil ab, so ist nach Anstellung der erforderlichen Ermittlungen sowie nach Anhörung der Staatsanwaltschaft und des in Gnadsachen tätigen Rechtsanwalts mit möglicher Bescheinigung über die Herbeiführung eines Gnadenerweises oder die Gewährung bedingter Strafaussetzung zu berichten. Der Berichterstattung bedarf es in diesen Fällen jedoch nicht bei solchen Verurteilten, die zur Zeit der Tat das 18. Lebensjahr vollendet hatten und nach der übereinstimmenden Ansicht der an der Bearbeitung von Gnadsachen beteiligten Stellen wegen erheblicher Vorstrafen oder schlechter Führung in der Strafschaft eines Gnadenerweises unverdächtig erscheinen.“

Das vorschriftsgebundene umständliche Verfahren erweckt den Verdacht, als solfern die Prüfungen und Untersuchungen solange hinausgezögert werden, bis die Opfer des Märtyrismus ihre Strafe absprechen haben, zumal es sich nur um Freiheitsstrafen bis zu einem Jahre handelt. Mit derartigen Begründungsversuchen kann sich die Arbeiterschaft niemals einverstanden erklären. Sie muss vielmehr verlangen, dass durch eine umfassende Amnestie alle unschuldigen Opfer des Kommunismus befreit werden.

Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat.

Op. Nachdem der Reichstag das Betriebsrätegesetz am 13. Januar 1920 verabschiedet hatte, sind zwei Jahre vergangen, bis schließlich das damals angekündigte Ergänzungsgesetz über die Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat nunmehr an den Reichstag gelangt ist. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hatte sich bereits im Juni 1921 mit dem Gesetz beschäftigt und die Regierungsvorlage teilweise verbessert. Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages konnte infolge der Verschleppungspolitik der Regierung erst am 20. Januar seine Beratungen aufnehmen. Nach einer kurzen Erklärung des Entwurfs durch einen Regierungsvertreter konnte Genosse Aufhäuser feststellen, dass die lange Pause zwischen den Beratungen des Reichswirtschaftsrates und des Reichstages offenbar von den Unternehmern benutzt worden war, um die Vorlage des Reichswirtschaftsrates wieder zu verschleiern. Das Reichswirtschaftsministerium sei diesen Einflüssen wieder einmal erlegen. In der Debatte über die von der USPD und SPD gemeinsam gestellten Verbesserungsanträge befürwortete wieder einmal der bekannte Arbeitersprecher Untere als Gegner erweiterten Arbeiterschutzes und begossierte sich für die Grundsätze einer „geordneten Betriebsverwaltung“, der „Verteillichkeit aller Verhandlungen“ und für andre Pläne des industriellen Scharfmachertums. Schließlich wurde aber doch entsprechend den von unsrer Seite gestellten Anträgen eine Verbesserung der Regierungsvorlage erreicht, soweit es sich um Sicherungen gegen die Umgehung des Gesetzes durch die Unternehmer, um die Ausdehnung der Wahlbarkeit und um den Schutz der Minderheiten bei den Wahlen handelt. Ein Antrag Aufhäuser-Hoch, die Ausführungsvoorschriften über das Wahlverfahren unter Mitwirkung eines aus 28 Mitgliedern bestehenden Reichstagsausschusses zu bestimmen, wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Zu besonderen lobhaften Auszeichnungen führte der folgende von unsrer Seite gestellte Antrag:

„Unternehmungen, deren Betriebe an verschiedenen Orten liegen, sind verpflichtet, die Wahlen zu tragen, die den Betriebsräten aus den für die Wahl oder die Berichterstattung notwendig werdenden Zusammenkünften erwachsen.“

Da die von den Regierungsvertretern über den Kostenerlass für solche Zusammenkünfte gegebenen Erläuterungen ganz unzulänglich waren und unser Antrag den bürgerlichen Parteien abgeschrägt wurde, so sind angesichts der starken Entwicklung in der Industrie zu Konzernbetrieben um die vorstehende Forderung noch weitere heftige Kämpfe zu erwarten.

Schließlich wurde von uns in einem besonderen Antrag gefordert, dass die bergrechtlichen Gewerkschaften (Kugeln) gleichfalls eine Vertretung ihrer Betriebsräte anerkennen müssen und, soweit ein Aufsichtsrat nicht vorhanden ist, eine Delegation in den Grubenvorstand stattfinden soll. Die Beratung über diesen Antrag, der eine Änderung des § 70 des Betriebsrätegesetzes bewirkt, ist hier zur nächsten Sitzung vertagt. Die Berglehrschulen der Bergarbeiter und Grubenbeamten in den sogenannten Gewerkschaften dulden sich auf einige hunderttausend Mann belausen und es geht auf keinen Fall an, diese Masse der Bergarbeiter bei der Verabsiedlung des Aufsichtsratgesetzes völlig auszuschalten.

Ganbundaaktion mit Umlagegetreide.

Bei der Kreiswirtschaftsstelle des Kreises Oberbarnim erhob, wie aus einer Anfrage des Reichstagsabgeordneten Dr. Böhme-Magdeburg hervorgeht, der Landwirt Kallhoff in Biesenthal Beschwerde gegen das ihm auferlegte Lieferungssoll. Ihm wurde mitgeteilt, dass ein Nachlass nicht mehr bewilligt werden könne, da die Frist überschritten sei. Man stellte ihm jedoch anheim, sich an den Landrat zu wenden, dem vom Landrat des Kreises eine Menge Umlagegetreide zur Verfügung gestellt sei, um in besonderen Fällen ausgleichend zu wirken. Als sich jedoch Kallhoff an den Landbund wendete, erhielt er zur Antwort: der Landbund trete

wegen Herabsetzung der Umlage nur für die Mitglieder des Landbundes ein.

Das ist denn doch der Gipfel der Frechheit. Dem Landbund wird Getreide zum Ausgleich überwiesen, dieser aber übt diesen „Ausgleich“ nur für die Mitglieder des Landbundes. Er behält außerdem die Nähre, dies unterstellt den Kugeln begehren den Nichtmitgliedern mitzuteilen. Datin liegt geradezu eine Pressung zur Mitgliedschaft. Noch toller aber wird die Sache dadurch, dass mit dem ablehnenden Schreiben dem Beschwerdeführer auch die Kopie zugegangen war, die sich auf einem deutschnationalen Flugblatt befand, mit dem Titel „Wir kämpfen“ das alte Preußen!“ Also nur „alte Preußen“ dürfen auf „Kugeln“ hoffen. Wird die Regierung dem Herrn Landrat, der solchen Missbrauch mit dem Umlagegetreide organisierte, nun auch gehörig auf die Finger klopfen? Sie würde und müsste es wohl tun, wenn der verantwortliche Minister nicht — Dr. Hermann wäre.

Wirkungen des faschistischen Terrors.

Malzland, 21. Januar. (Interv.) In der gestrigen Sitzung des Nationalrats der Sozialistischen Partei Italiens erklärte der Beichterstatter über die Tätigkeit der faschistischen Gemeinden, Janardini, dass von den 2000 Gemeinden, in denen die Sozialisten die Mehrheit hatten, infolge des Terrors der faschistischen und der von Ihnen erzwungenen Demissionen, sich gegenwärtig nur noch etwa 1500 in den Händen der Sozialisten befinden. Von den 25 Provinzialsverwaltungen, die früher den Sozialisten gehörten, sind nur noch 18 in ihrem Besitz. Janardini stellte weitere Demissionen sozialistischer Gemeindebehörden in Aussicht, da es bei dem Wütten der faschistischen Unruhen unmöglich sei, weiterzuarbeiten. — Der Korrespondent des sozialistischen Avanti in Alessandria wurde gestern Nacht von einer Gruppe faschistischen auf der Straße überfallen und brutal gepeinigt, wobei man ihm zufiel: „Run wisse du deinem Platz keine antifaschistischen Berichte mehr schicken.“ Unter den Arbeitern hat dieser Überfall grösste Erregung hervorgerufen.

Arbeitslosendemonstration in Warschau.

Warschau, 20. Januar. (Interv.) Zum dritten Male in wenigen Wochen demonstrierten Tausende von Arbeitslosen vor dem Gebäude des Landtags. Zwischen den Arbeitslosen und der Polizei, welche die Zugänge zum Landtag bewachte, kam es zu Zusammenstößen, in denen Demonstranten verwundet und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden.

Brach, Friesland und Malzahn aus der KPD ausgeschlossen.

Berlin, 24. Januar. Der Zentralausschuss der KPD beschloss gestern, laut Roter Fahne, den Ausschluss der Parteiführer Brach, Friesland, Malzahn und 28 Unterzeichneten des Aufrufs der Opposition aus der Partei.

Reichstag.

Sitzung vom 20. Januar 1922.

Präsident Löb eröffnete 1 Uhr 15 Min. die Sitzung. An Stelle des Schriftführers Welfer, der die Vertretung einer Gesellschaft übernahm, wird die Abgeordnete Frau Lenau (Interv.) gewählt.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs über den Vertrag mit ausländischen Zahlungsmitteln. Den Ausschussbericht erfasst der Abg. Schlaak (Interv.). Der Entwurf bezweckt, dass Geschäfte über ausländische Zahlungsmittel nur mit oder durch Vermittlung des Reichsbank oder solchen Banken oder Personen abgeschlossen werden dürfen, die Gewähr bieten, dass nicht unsaurere Wandler dabei unternommen werden. Die zweite Beratung wird ohne Debatte erledigt. Gegen die dritte Beratung wurde Einspruch erhoben.

Abg. Herz (USP) fordert Auskunft vom Präsidenten, von welcher Seite der Einspruch eingelegt wurde. Durch ihn werde der Eindruck, dass man eine weitere Verschiebung beachtigt.

Der Präsident gibt bekannt, dass der Einspruch vom Abg. Gothein (Dem.) ausging. Nachdem Genosse Herz nochmals sich gegen die Verschiebung gestellt, zieht Gothein seinen Einspruch zurück. Daraus wird der Gesetzentwurf auch in dritter Beratung ohne Debatte angenommen.

Reichsgerichtsgesetz.

Den nächsten Tagesordnungsgesetz bildet die Beratung des Entwurfs zur Ausführung des Artikels 145, Absatz 2 der Reichsverfassung.

Staatssekretär Schulz: Es handelt sich nur um eines der Reichsgerichtsgesetze in Ausführung verfassungsgesetzlicher Bestimmungen. Es ist entstanden und ist seinem Zwecke nach das Ergebnis einer politischen Notwendigkeit. Dieses Ergebnis hat niemand bestreitet. Aber darin sehe ich auch keinen Nachteil, sondern eher einen Vorteil. Ich würde ein bedenkliches Gefühl darin gesehen haben, wenn von einer der Parteien, ob auf der Rechten oder der Linken, einmütig ihre Zustimmung dem Gesetzentwurf gegeben worden wäre. Es ist die Zurückziehung des Entwurfs verlangt worden. Damit wäre aber die Erledigung nicht beschleunigt, sondern verzögert worden. In Berlin ist den Parteien versprochen worden, dass ihnen Ausführungsgelehrte über das Schultompromiss im nächsten Winter vorgelegt werden sollen. Jetzt ist schon der Winter 1922. Die Regelungen, die der Entwurf vorstellt sind unaufziehbar. Schulkämpfe und Schulstreiks, bald hier, bald dort, bald von rechts, bald von links, brechen fortgesetzt aus. Der Entwurf will nichts andres, als dem Weimarer Schultompromiss das ausführende Gesetz folgen zu lassen. Weder der Krieg noch die Revolution haben die Planungsfähigkeit der Weltanschauungen aufzuheben vermocht. Die Lösung der Gegenföderationen Zentrum und Sozialdemokratie in einem Kompromiss wurde erst möglich durch die Erkenntnis, dass man nicht zu einer Durchführung des einen oder andern sich geradezu ausschließenden Grundhuges gelangen könne, sich vielmehr gedulden müsse. Der Entwurf führt in die Schulgestaltung einen neuen Faktor, den Erziehungsberechtigten, ein. Den Bedenken, dass durch ihn die technische Leistungsfähigkeit leidet würde, hat man durch weitere Bestimmungen zu begegnen versucht. Die soziale Einheitschule läuft sich gegenwärtig nicht durchführen. Das mag man bedauern, vermag es aber nicht zu ändern. Es bleibt uns nur übrig, uns gegenwärtig zu duseln. Das grösste Gewicht ist darauf zu legen, dass überall der Gedanke, aus den Schülern tüchtige, instinktive Staatsbürger zu machen, sich durchsetzt, sei es in den Weltanschauungen, Gemeinschaften, weltlichen oder Bekennnischulen. Das Reichsministerium des Innern wird Ihnen dankbar sein, wenn es gelingt, den Entwurf in diesem Sinne glücklich zu verabsiednen.

Abg. Hellmann (SPD): Ich habe für die Sozialdemokratische Partei zu erklären, dass wir diesem Gesetz mit grossem Unbehagen gegenüberstehen. Aber ein Plus hat der Entwurf. Er verschafft der weltlichen Schule verfassungsmässigen Eingang. Es ist eine unabsehbare Notwendigkeit, dass wir endlich eine geschichtlich gerechte weltliche Schule bekommen. Die weltliche Schule ist die einzige, restlos befriedigende Schule, die all unsere Schulnoten zu beheben vermagte. Der oberste Erziehungsberechtigte ist die Volksgemeinschaft. Vertreter der Volksgemeinschaft ist der Staat. Der Staat ist also der einzige Schuhsherr in dem demokratisch werden sollenden Deutschland. (Sehr richtig Sirs.) Der „Erziehungsberechtigte“ erscheint mir als die Kulisse, hinter der die rechtsgründen und linken Interessen stecken. Bei der Gemeinschaftsschule hat man wenigstens noch vorliegt, ihr Wollen zu beobachten. Bei der weltlichen Schule ist dies schon umgangen. Wenn wir uns als Schulinteressenten von der Kirche trennen, so

ist das nicht ein Akt der Feindschaft, sondern die Verteilung eines Kampfes, der uns so viele Schädigungen gebracht hat. Ich bin überzeugt, dass diese Misere uns nur durch ein Gesetz beendet werden kann, aus der Wichtigkeit eines Ausschlusses der Berufung. Ich würde raten, in der Ausschusserberatung den Berufung zu machen, die Weltanschauungsschule überhaupt los zu werden. Wenn man sie aber einmal einfügt, muss man verschiedene Geschlechterparaphren umgruppieren. Es wird zu unterschiedlichen Gemeinschaftsschulen und Sonderschulen. Die Gemeinschaftsschulen sind entweder weltliche Schulen ohne Religionsunterricht oder sie sind Schulen mit Religionsunterricht, also das, was wir bisher Simultan-Schulen nennen. Demgegenüber steht die Sonder-Schule, die entweder eine konfessionale, kirchlich bestimmte Sonder-Schule ist, oder eine Weltanschauungsschule für irgendwelchen Kreis in irgendwelchen Weltanschauungen vereinigter Menschen. Verglichen mit dem vorliegenden Entwurf haben wir jetzt schon in Preußen etwa neun Zehntel aller Schulen als konfessionelle zu betrachten. Die durch den Entwurf eingeführte konfessionelle Schule durchläuft. Wir beantragen, den Entwurf dem Ausschuss zu überreichen.

Abg. Rheinländer (Interv.): Das verhindert dieses Gesetz. Würde es das Schultompromiss von Weimar, an dem wir mitgewirkt haben, jedoch ist in diesem Gesetzentwurf aus der gemeinsamen Schule die weltliche Schule geworden, und deutlich wird darüber ausgesprochen, dass die weltliche Schule seinem Bekenntnis dienen sollte. Unsre Eltern sollen aber ihre Kinder für Gott und das ewige Leben erziehen. Wir verlangen, dass die Eltern das Antragsrecht auf konfessionelle Schulen ausüben wird, wenn sie ihre Kinder nicht in die Volksschulen schicken. Auf Baden, Hessen und Nassau soll der Entwurf seine Anwendung finden. Dort erwarten doch die Eltern ebenso schulsüchtig die Reformen, die der Gesetzentwurf bringen soll, wie in den andern Ländern. Die Eigenart der einzelnen Volksschule in Deutschland muss im vorliegenden Entwurf berücksichtigt werden. Aus pädagogischen, moralischen und liturgischen Gründen fordern wir die konfessionelle Schule.

Abg. Mumm (Interv.): Wir können auf unsre Schulen in der freien Zeit stolz sein. Das einzige, was wir ihnen zum Vorwurf machen müssen, ist, dass sie den nationalen Willen, die nationale Kraft nicht genug geklärt haben. Wie werden aber daraus jenes, dieses nationale Bewusstsein in unseren Kindern zu stärken. Wie wollen die Charakter-Schule. Es wird erster Erwähnung bedürfen, ob nicht auch in den Gegenden Deutschlands die bestehenden christlichen Simultan-Schulen davon geschlafen müssen, zu einer Gemeinschaftsschule zu werden. Diese Gemeinschaftsschulen, ich nenne sie lieber Sammel-Schulen, sollen etwas ganz anderes sein als die christlichen Simultan-Schulen. Wir wollen nicht, dass die Kinder religiös ausgebungen werden. (Lachen links.) Warum gebe jeder Schule die Wahl frei. Es mag sich dann erübrigen, welcher Gattung die Eltern den Vorzug geben. An ihren Freuden sollt ihr sie erkennen.

Abg. Runkel (D. W.): Der Reichstag ist für die Schulerziehung der Länder ein Hemmnis geworden. Und man kann auch der Reichsregierung nicht den Vorwurf erachten, dass sie in der Schulbewegung nicht führend gewesen ist. Den Absatz der verfassungsmässig geschaffenen Simultan-Schulen halte ich für verfassungswürdig. Die Weltanschauungsschulen müssen unser ganzes Schulfeste zerstören. Wenn es gilt, den Kampf: Hier geistliche Schulausübung, hier Schulausübung durch die Lehrer, würde ich in den Reihen der Lehrerheit stehen. Aber wo gibt es noch geistliche, die die Schulausübung für sich zurückfordern? Wir treten ein für die alte Simultan-Schule dort, wo es ist, oder wo die Erziehungsberechtigten sie haben wollen. Wir treten ein für die christliche Schule, für die Bekennnis-Schule. Wir meinen nicht eine Schule des Kampfes, wir wollen die soziale Schule. Wir wollen keinen dogmatischen Religionsunterricht, wir wollen nur den Geist Christi erhalten. Sie (nach links) vertreten die materialistische Weltanschauung. Sie wollen es zwar nicht wahr haben (Zuruf Christus ist der Mensch ist, was er ist. Zuruf Henke: Das ist Ihr Materialismus!) Wir vertreten die Aussicht, dass es im Leben auch etwas gibt, das über den Menschen steht, das sie erhebt. (Henke: Das ist auch unsere materialistische Aussicht!) Dann haben Sie einen andern, nicht den reinen Materialismus; von hier ein bisschen, von dort ein bisschen! Damit kann man keinen Staat machen.

Hierauf wird die Beratung abgebrochen. — Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Kleine Anträge, Schulgesetz. Schluss der Sitzung 5% Uhr.

Der Stand der Wahlen.

Amtliche Mittagsnotizie.

Es kosteten in Berlin	1. 7. 14	21. 1. 22	23. 1. 22
Mark			
1 amerikanischer Dollar	4,12	199,80	210,04
1 englisches Pfund Sterling	20,43	842,65	861,60
100 holländische Gulden	160,00	7242,75	7427,55
100 schwedische Kronen	112,50	4985,-	5084,90
100 Schweizer Franken	91,00	3896,10	3969,-
100 französische Franken	91,00	1623,35	1628,35
100 belgische Franken	91,00	1548,45	1563,40
100 italienische Lire	91,00	871,00	884,10
100 österreichisch-deutsche Kronen	85,00	5,58	5,73
100 tschechoslowakische Kronen	—	34,15	377,60
100 ungarische			

USPD. Groß-Leipzig

Hönichen-Lützschena. Mittwoch, den 25. Januar, findet im Kino Freudenkerversammlung statt. Vortrag: Lehrer Pennendorf über: Natur und Mensch. Zahlreichen Besuch steht entgegen. Der Vorstand.

Ortsverein Stötteritz.

Donnerstag, den 26. Januar, im großen Saal Eintritt 2 Mk. der Pavermühle Anfang 8 Uhr. Lehrfilm-Vorführung.

Stötteritz. Heute Stötteritz. abend 18 Uhr im Restaurant Kleines Volkshaus

■ Frauen-Versammlung ■

Bericht und Aussprache über die Frauenkonferenz. Ref.: Genossin Schilling. Die Kommission.

Verband der Fabrikarbeiter

Zahlstelle Leipzig. Branchenversammlung der chemischen Industrie Donnerstag, den 26. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Volkshaus, Gelehrtenaal. Tagesordnung: Stand der Lohnbewegung. Das Erscheinen aller in der Chemischen Industrie Beschäftigten ist unbedingt notwendig. Die Sektionsleitung.

Verband Leipziger Hausmeister

Mittwoch, den 25. Januar, abends 18 Uhr General-Versammlung im Pantheon, Dresden-Straße. Mitgliedstafte ist vorzusezen. Pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Geschäfts-Gründung! Allen lieben Freunden und Nachbarn zur Kenntnis, dass ich am Freitag, dem 26. Januar, in Schleußig, Könneritzstraße 46, eine Zahndrogerie, ein Molkerei-, Produkten- und Feinkost-Geschäft eröffne. Hochachtungsvoll H. Schweigel.

Berlobungsringe

in 8- und 14 Karat. Gold
in allen Größen vorrätig.
verkauf zu noch billigen Preisen.

Immerglück, Ranstädter Steinweg 13.
Dankt Einkauf von alten Gold- u. Silberwaren.

Neue Haut erzählt man schmalos, unmerklich für die Umgebung, durch die echte Vater-Philipp-Schäfleur & Co. nom. Tuologen-Laboratorium, Dresden-Altstadt 142, hält. Videl, Wittenber, Sommerprossen, Dauertreuekeiten usw. ab. lädt anmutige junge Haut zum Vortheil kommen. Verkaufsstelle Prehms Flora-Drogerie u. Engel-Apotheke.

Grippe

heigt vor mein Kräuter-Magenwein vollfl. ca. 16% Alkoholgehalt. Kostenfrei gratis Liter 31.20 Mk. mit Steuer Alfred Kriegel Nachf.

Familien-Nachrichten

Für die zahlreichen Ehrenungen und Beweise aufrichtiger Teilnahme, die uns beim Hinscheiden unseres lieben, guten, braven

Siegfried Zorn

gestorben sind, sprechen wir nur auf diesem Wege unsern innigsten und herzlichsten Dank aus. Besonders Dank Herrn Pfarrer Kandert für seine trostreichen Worte sowie den Arbeitskolleginnen der Birma Tittel & Krüger für ihre innige Anteilnahme und Geduld. Besonders Dank Herrn Dr. Koch und Frau Coomann für ihre aufopfernde Tätigkeit am Krankenbett sowie allen Mitbewohnern des Grundstücks Lindenfelde, die ihn mit Blumensträußen so reichlich bedacht haben.

Aber dir, lieber Siegfried, rufen wir ein

Ruhe kans! In dein allaufruhes Grab nach.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Du bist dahin, du unter einzig Glück.
Du warst so gut, du warst so fromm.
Doch hat dich Gott ins feste Bett geschickt.
Du, der nie ein Herz betrübte,
Lässt trauernd uns zurück.
Gingst du auch frisch von dieser Welt,
Unter Herz dich führt immer fest hält.

Für die wohltuenden Beweise herzlicher Anteilnahme beim Hinscheiden unser lieben

Marianne

sowie für Kranzvenden legen wir allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank. Besonders Dank Herrn Redner Schulz (Proletar, Freidenker).

In tiestem Schmerz Lößnig, den 23. Januar 1922,
Richard Paul und Frau.

Für die wohltuenden Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unser lieben Vaters, Schwieger- und Großvaters, Bruders, Schwagers und Onkels

Herrn Karl Fröhlich

sagen wir allen hierdurch unseren besten Dank. Besonders Dank Herrn Dr. Rippberger für seine trostreichen Worte.

2. Lößnig, den 23. Januar 1922.

Martha Krug geb. Fröhlich nebst allen hinterbliebenen.

Metallarbeiter

Mittwoch, den 25. Januar, nachmittags 1/2 Uhr

9 große Mitglieder-Versammlungen

Zentrum: Volkshaus, Zeitzer Straße 32

Osten: Alberthof, Anger, Alter Gäßchen Paunsdorf

Westen: Felsenkeller, Plagwitz, Mähnchens Festhalle, Klein-Johocher, Zum Trompeter, Großjohocher, Schwarzer Jäger, Leutzsch.

Norden: Birkenhöchchen, Wahren, Gosenschlöchchen, Eut.

Tagesordnung:

Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung u. Stellungnahme dazu. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Verbandsbuches. Die Ortsverwaltung.

Bauschlosser Dörfel. Bauschlosser-Versammlung im Hotel Hochstein, am Bahnhof. Tagesordnung: Endgültige Beschlussfassung über das Innungsangebot. Die Branchenleitung.

Für jeden Schuh



ob derb, ob fein
wird "Rottfrosch"
Pastor richtig sein

Eridal

nutzt die Schuhe, pflegt das Leder

Alleinhersteller Werner & Mertz A-G. Mainz.

Deutscher Eisenbahnerverband

Mittwoch, abends 7 Uhr, im Gasthof Neustadt, Kirchstraße

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

Bericht über die Verhandlungen in Berlin. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Die Ortsverwaltung. Funktionärerversammlung fällt aus. Auschniden und Aushängen.

Deutscher Kürschnerverband | **Verband der Fabrikarbeiter**

Filiale Leipzig

Deutschlands, Verwaltungsstelle Leipzig

Mitgliederversammlung

der Jurichler, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen

Donnerstag, den 26. Januar, abends 1/2 Uhr

im Goldenen Adler, Lindenau, Angerstraße.

Tagesordnung: Bericht über die Lohnverhandlungen. Volljähriges Erscheinen ist Pflicht. Die Tarifkommission.

Verband der

Gemeinde-u. Staatsarbeiter

Ortsverwaltung Leipzig

Mittwoch, den 25. Januar, abends 1/2 Uhr
im Neuen Gasthof Gohlis, Gohliser Str.

Versammlung

aller in städt. Betrieben beschäftigten Mitglieder

Tagesordnung: Bericht über die Entscheidung der Bezirksschiedsstelle über unsere Lohnforderungen.

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsausweises. Die Ortsverwaltung.

Für die herzliche Teilnahme und den reichen Blumenstrauß beim Hinscheiden meiner lieben Frau und Mutter

Ida Richter geb. Knabe

hierdurch unsern herzlichsten Dank. Herr Pastor Leibgräber für die trostreichen Worte an der Begräbnissfeier sowie meinen lieben Sangesschwestern von Thonberg. Stötteritz vielen Dank.

R. Richter im Namen Ida. hinterbliebenen.

Heute nacht verschied nach schwerem Leiden im 70. Lebensjahr mein lieber Mann, unser treuer Vater und Schwiegervater Herr Schuhmacher

Ernst Wohlers

L.-Lindau, Albertinenstr. 37, pt., 23. Januar 1922.
Auguste Wohlers geb. Thalemann
Alfred Schwarz u. Frau geb. Wohlers.
Beerdigung: Donnerstag, 10 Uhr, vom Trauerhause

Nach kurzem, schwerem Leiden verschied im Dialonissenhaus im 45. Lebensjahr mein lieber Vater und treuer Vater, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Hilfsrottenführer

Emil Schubert

L.-Lindau, Aurelienstr. 10, 23. Januar 1922.
In tiefer Trauer Frau Anna Schubert geb. Engolmann
im Namen der trauernden Hinterbliebenen.

Die Trauergesellschaft findet Freitag, vorm. 1/2 Uhr, in der Kapelle des Lindenauer Friedhofes statt. — Freunde, liebst zugeschauten Blumenwunden bitte Beerdigungsanstalt Arno Klop, Merleburger Str. 81, abzugeben.

Aller lieben Verwandten und Bekannten nur hierdurch die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Bruder, Schwager und Großvater

Herr Gustav Hunger

nach kurzem, schwerem Leiden am 23. Januar, im 67. Lebensjahr, schnell und unerwartet verstorben ist.

L.-Stötteritz, Gotha, Amerika

den 23. Januar 1922.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 26. Januar, nachmittags 1/4 Uhr, auf dem Stötteritzer Friedhof statt.

Am 22. Januar 1922 verließ kura vor Vollendung des 74. Lebensjahres

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem plötzlichen Verlust unserer lieben guten Mutter Frau Alwine vorw. Bornhardt geb. Hartmann sprechen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank aus.

In tieftem Schmerz Leubisch, den 23. Januar 1922.

Die hinterbliebenen.

Am 22. Januar 1922 verließ kura vor Vollendung des 74. Lebensjahres

Herr Ernst Findeisen

Obersekretär i. R.

Der Verstorbene trat vor einem Jahre nach über 35-jähriger Dienstzeit in den wohlverdienten Ruhestand. Vor dem war er jahrelang Leiter einer unserer größten Abteilungen, der er jederzeit mit Umsicht und Verständnis vorgestanden hat. Seiner Verdienste um die Kasse werden wir stets gedenken.

Leipzig, am 23. Januar 1922.

Der Vorstand der Allgem. Ortskrankenfasse für die Stadt Leipzig.

M. Pris. Vorstand.

Die Verwaltung.

W. Liebau Verwaltungsbefehl.

J. & G. Feldmann. Felle in groß.

W. Rosenzweig. Am Halleschen Tor 12.

Felle. Lassen Sie sich nicht durch Zahlen irreführen. Sämtliche Rohfelle laufen ständig Brühl 47.

Felle. Kauf.

J. & G. Feldmann. Felle und Wolle.

Kauf. W. Rosenzweig. Einkaufs-Zentrale Jakobstraße 6, pt.

Felle und Wolle. Kauf.

W. Rosenzweig. Kauf.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 24. Januar.

Parteiangelegenheiten.

Ostbeirat. Donnerstag, den 26. Januar, abends 1/2 Uhr, Sitzung für die Mitglieder und Freunde der Steuereinschüttungscommission sowie der Mitglieder der Schöffen und Geschworenen im Restaurant Grüne Aue, Bernhardstraße 26.

Neustadt. Funktionärsitzung am Mittwoch, dem 25. Januar, abends 8 Uhr, im Restaurant Jonac, Meißner Straße 13.

Sellerhausen. Donnerstag, den 26. Januar, 1/2 Uhr, wichtige Funktionärsitzung in der Krone, Wurzer Straße. Alle arbeitsfreudigen Genossen sind zur Parteiarbeit eingeladen.

Pausdorf. Mittwoch, den 25. Januar, abends 8 Uhr, in der Albertsburg, Bunte Frauenkorb.

Thonberg. Neuerndorf. Morgen, Mittwoch, von 6 Uhr ab, Ableserung des Materials in der Bibliothek.

Stötteritz. Genossinnen! Heute, abends 1/2 Uhr, Bericht von den Frauenkonferenzen im kleinen Volkshaus.

Stötteritz. Die Märchenvorlesungen fallen morgen umständlich aus.

Karlsruher Delegierte. Donnerstag, den 26. Januar, abends 7 Uhr, Karlsruher Versammlung im Volkshaus, Zimmer 8.

Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre. Freitag, den 27. Januar, abends 7 Uhr, Versammlung im Volkshaus, großer Saal. Tagesordnung: Bezirks-Wirtschaftsräte. Referent Genosse El. Nöpke, Betriebsrätesekretär, Berlin.

Lehrlings- und Gesellenauschüsse. Mittwoch, den 25. Januar, abends 7 Uhr, Sitzung im Volkshaus, Mittelsaal. Vortrag: Ziele der Berufsoberatur. Referent Dr. Kunze.

Achtung, Kurse!

Der Kursus: Lebensbedingungen im Tierreich. Dauer 10 Abende. Referent Gen. Dr. Dörr, beginnt heute abends 7 Uhr im großen Hörsaal des Zoologischen Instituts, Talstraße 50. Hörerarten für fünf Abende 5 M. am Eingang.

Der Kursus: Grundkrisisse der Volkswirtschaft. Dauer 10 Abende. Referent Gen. Gaupp, beginnt für den Ostbezirk heute Dienstag, abends 7 Uhr, in der 12. Volksschule, Neubau, Heinrichstraße 43/45; Südostbastei am morgen Mittwoch, abends 7 Uhr, in der 29. Volksschule, Stötteritz, Weissestraße 1. Hörerarten für fünf Abende 5 M. am Eingang.

Allgemeines Arbeiter-Bildungsinstitut für Leipzig.

Arbeitsgemeinschaft für fortgeschrittenen Genossinnen und Genossen!

Um unsern fortgeschrittenen Genossinnen und Genossen, vor allem denen, die rednerisch tätig sind oder es werden wollen, Gelegenheit zu ihrer Weiterbildung zu geben, wird eine Arbeitsgemeinschaft eingerichtet, in der die wichtigsten Gebiete behandelt werden sollen. Als Lehrer sind die Genossen Jensen und Dr. Braunthal gewonnen worden. Die Arbeitsgemeinschaft trifft jeden Sonntag, vormittags von 11—12 Uhr, im Lehrsaal, Braustraße, zusammen und beginnt Sonntag, den 5. Februar. In acht Doppelstunden spricht Genosse Jensen über Neuere Geschichte (1870 bis zur Gegenwart). Genosse Dr. Braunthal in gleicher Dauer über Die kapitalistische Wirtschaft. Um diese Weiterbildungsaufgabe erfolgreich zu gestalten, wird der Teilnehmerkreis auf 40 beschränkt.

Alle Genossinnen und Genossen, die sich an der Arbeitsgemeinschaft beteiligen wollen, müssen sich mit einem Bewerbungsschreiben an die Organisationen — politisch Tätige an den Hauptvorstand der USP. Groß-Leipzig, gewerkschaftlich Tätige an das Gewerkschaftsbüro — wenden. In dem Schreiben ist der Nachweis über Organisationszugehörigkeit und bisherige Tätigkeit, sowie über den Besuch von Kursen zu erbringen. Die zugelassenen Teilnehmer verpflichten sich, an allen 18 Sonntagen die Arbeitsgemeinschaft zu besuchen. Hörergebühren werden nicht erhoben. Als letzter Tag für die Einsendung der Bewerbung gilt der 31. Januar.

Wir bitten unsre Genossinnen und Genossen, sich für diese Zeit freizumachen und die Gelegenheit zur Weiterbildung zu ergreifen.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut für Leipzig.

Die Konsumgenossenschaften im heutigen Wirtschaftsleben.

Endlich beginnen nun auch die Genossenschaften sich zu richten und einzusehen, daß es ihre Pflicht ist, nicht mehr „neutral“ stillzuhalten, wenn den Verbrauchern von den Wucherhändlern das Fell über die Ohren gezogen wird, sondern als Vertreter der Konsumenten ihre Stimme zu erheben und im Verein mit allen proletarischen Organisationen gegen die Ausdeuter der breiten Massenfront zu machen.

Am Donnerstag stand im Volkshaus eine Sitzung der Vertreter der größeren sächsischen Konsumvereine statt, um öffentlich Stellung zu nehmen zu den großen wirtschaftlichen Röten, die als Folge des Krieges über die Volksmassen hereingebrochen sind.

Der Leiter des Konsumvereins L. Plagwitz, Genosse Sellmann, schilderte eingehend die enormen Preissteigerungen, die für alle Lebensmittel eingetreten sind, und wies im einzelnen nach, wie wucherisch die Preise in die Höhe schrauben. So war Jüter im Dezember überhaupt nicht zu bekommen, trotzdem im vorigen Jahre 27 Millionen Jenter — d. h. fünf Millionen Jenter mehr als in Friedensjahren! — verbraucht wurden.

Als die Preise im Januar beträchtlich erhöht wurden, war plötzlich Jüter in jeder beliebigen Menge zu haben! Das die Verbrauchsverhältnisse schuld an der Nachbelieferung im Dezember waren, ist nur eine Ausrede der Produzenten, die die Ware absichtlich zurückhielten, um neue gewaltige Wucherwinne einzufordern.

Die Genossenschaften wird jetzt der Jüter mit 6,75 M. für das Pfund angeboten, während die Großkaufsgesellschaft ihn für 5,17 M. zu liefern imstande ist. Voraussichtlich wird der Jüter in nächster Zeit abermals um 2 M. das Pfund steigen. Dabei übertreffen sich die Jütersfabrikanten gegenseitig im Abschütteln von Dividenden.

Wie das Jütersindikat, so arbeitet das Leinwandgesetz, das die Preise der Waren in die Höhe setzt, auch wenn die Mehlpreise nicht steigen.

Der Anwärtschlüssel der Erzeuger dient nicht der Verbesserung der Produktion, sondern lediglich der Ausbeutung der Verbraucher. Die Anhäufung der Kapitalien in den Händen weniger bedeutet mehr denn je eine große Gefahr für die Verbrauchergesellschaft, die die Konsumgenossenschaften mit den politischen Parteien der Arbeiterschaft zu gemeinsamer Waffe zwingt.

Die Mietsteuer, die Kohlensteuer, die Eisenbahn- und Posttarife bedeuten eine neue große Belastung der Verbraucher. Sie doch der Gütertarif für ein bestimmtes Gewicht und eine

bestimmte Strecke von 2,62 M. auf 60,60 M. und der Tarif für Güter von 31 M. auf 34,80 M. Vor allem wandte sich der Referent gegen die Ausdehnung der Umlaufsteuer auf die Konsumvereine, die unbedingt davon frei bleiben müssen, da sie keine Gewerbebetriebe sind.

Der Redner begrüßt den Beschluss des Parteitags der USP, der die Arbeiterschaft aufruft, sich genossenschaftlich zu organisieren, um sich auch als Verbraucher gegen die Ausbeutung durch das Kapital zu wehren zu legen.

Da die Fortsetzung der Entente erneut große Verschiedenheiten der Lebenseinstellung der deutschen Arbeiterschaft zur Folge haben werden, wünscht der Referent, daß die genossenschaftlichen Zentralinstanzen sich an die ausländischen Genossenschaften wenden und sie aufrufen, sich für eine Änderung der Ententebedingungen einzuhören.

In der Diskussion kam mitunter in sehr bezeichnender Weise die Angst einiger Genossenschaften zum Ausdruck, die Zusammenarbeit mit den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft könne die Neutralität der Genossenschaften verlieren! Dieselben Vertreter, die sich damit beschäftigen, daß Sozialismus nichts andres sei als eine konsequente Durchführung genossenschaftlicher Ideen, könnten anschließend nicht den Mut aufbringen, ihren Mitgliedern zu sagen, daß die Vorteile, die ihnen die Genossenschaft bietet, nicht der kapitalistischen, sondern der im Grunde sozialistischen Wirtschaftsmethode der Genossenschaften zu verdanken sind.

Sie wollten nicht einsehen, daß der Kampf gegen den Kapitalismus politisch, gewerkschaftlich und genossenschaftlich geführt werden muß. Wie mangelhaft die theoretische Ausbildung mancher Genossenschaften ist, zeigt das Eintreten eines vertretenen sozialen Arbeiters.

Nach sehr eingehender Diskussion wurde eine vom Referenten vorgelegte Resolution, in die auf Auflösung des Genossen Fleckner Leipzig wenigstens einige konkrete Forderungen aufgenommen wurden, angenommen. Die Unmöglichkeit der Genossenschaftsvertreter ging dabei sogar so weit, daß sie die Forderung nach Erfassung der Sachwerte strichen!

Die Konferenz zeigte, daß die Arbeiterschaft sich ihrer Genossenschaften energetisch annimmt und, wie ein Redner mit Recht betonte, den Kampfesdiensten, der der Genossenschaftsbewegung zugrunde liegt, wieder stärker herausarbeiten muß. Der Kapitalismus kann nur durch allseitslosen politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Kampf bezwungen werden. Mit der Unmöglichkeit und Leistungsfähigkeit, die von einigen führenden Genossenschaften auf der Konferenz gezeigt wurde, kann man die Interessen der Volksmassen nicht vertreten. Erfreulich war die lebhafte Zustimmung, die ein Vertreter der Zentralleitung fand, als er erklärte: „Wir wollen Führung mit den Parteien suchen!“ Hoffentlich machen damit alle genossenschaftlichen Instanzen nun endlich gründlich Ernst!

Einsilbig angenommen wurde folgende:

Entschließung:

Die am 19. 1. 1922 in Leipzig tagende Konferenz der Vertreter der größeren sächsischen Konsumvereine, zu der auch Vertreter der sozialistischen Parteien, des Gewerkschaftsbüros Leipzig, der Propaganda-Kommission für die Genossenschaften im Bezirk Leipzig, des Betriebsrats des AV. Leipzig-Plagwitz und Vertreter der bürgerlichen und Arbeiterpresse und der CGE, geladen und erschienen sind, protestieren gegen die masslose Preissteigerung der wichtigsten in Deutschland erzeugten Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände. Die Konferenz erkennt in dieser wucherischen Ausbeutung der Verbraucher einen Alt schreienden Ungerechtigkeit, Erzeuger und Fabrikanten häufen durch diese Politik Kapital auf Kapital, wodurch wiederum die Lebenslage der ärmeren Bevölkerung verschlechtert wird. Die Konsumvereine als anerkannte Vertreter der Verbraucher fordern, daß endlich Mittel angewendet werden, die geeignet sind, diesen übermäßigen Preissteigerungen Einhalt zu tun.

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine wird aufgerufen, gemeinsam mit den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft von der Reichsregierung Maßnahmen zu verlangen, die der dauernden Geldentwertung und damit der steigenden Teuerung Einhalt gebieten. Also folgen kommen insbesondere in Frage:

Unverzügliche Einführung aller klassitären Einkommens- und Vermögenssteuern der bestehenden Klasse für die Jahre 1919 bis 1921.

Erhebung der leichten % des Reichsnotopfers.

Schärfste Besteuerung der Spekulationsgewinne, insbesondere der Gratifikation und Bezugsschreie.

Erhöhung der Ausfuhrabgaben zur Erfassung der Valutagewinne.

Verschärfte Erfassung der Auslandsbeziehen durch wirksame Kontrolle der Ausfuhrhandelsstellen.

Sozialisierung des Bergbaus und der Großen- und Stahlindustrie und des Groß-Großbüros.

Sicherstellung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen durch das Reich unter Heranziehung der Konsumvereine und ihrer wirtschaftlichen Organisationen.

Freilassung der Konsumvereine und deren wirtschaftlichen Spitzenorganisationen von allen Umsatz- und Gewerbesteuern.

Die Versammelten befürworten ihre Auffassung ferner dahin, daß durch die jegliche Art und Höhe der Reparationsverpflichtungen, die dictiert sind von den imperialistischen Interessen der herrschenden Klassen der Ententemächte, das Ende in Deutschland unverträglich vergrößert und die deutsche Volkswirtschaft, sowie die Wirtschaft der ganzen Welt dem Ruin entgegengesetzt werden und daß es daher unumgänglich notwendig ist, den Friedensvertrag zu ändern und die Reparationsverpflichtungen in Art und Maß der Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft anzupassen.

Die Konferenz beauftragt den Zentralverband Deutscher Konsumvereine, mit den ausländischen Organisationen der Konsumvereine und dem Internationalen Genossenschaftsbund in Verbindung zu treten, die von den deutschen Zuständen Kenntnis zu geben und sie zu erläutern, bei ihren Regierungen Schritte zu unternehmen mit dem Ziel einer andern Gestaltung der Handelsverbindungen an das deutsche Volk.

Die Konferenz richtet weiter an alle Konsumenten, ganz besonders aber an die Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellten und Beamten, gleichviel welcher Partei und Religion, die dringende Aufforderung, Mitglieder der Konsumvereine zu werden, um durch gemeinsamen Einkauf und durch gemeinsame Vertretung ihrer Konsumenteninteressen Einfluß auf die Gestaltung ihrer Lebenslage und der deutschen Volkswirtschaft zu gewinnen.

An das gesamte Krankenpflegepersonal in den Leipziger Krankenanstalten, Privatkliniken und insoweit es in der Privatspitalie beruflich tätig ist.

Nach einer Verordnung des sächsischen Ministeriums des Innern vom 24. November 1921 an die Kreishauptmannschaften Sachsen wird in jeder Kreishauptmannschaft eine Krankenpflegeschule errichtet, in der männliche und weibliche Pflegepersonen nach den Vorschriften über den Unterricht und die Auseinandersetzung der Staatsprüfung für das Krankenpflegepersonal geprüft werden sollen, um die staatliche Anerkennung zu erwerben.

Dieses wird nach der Auseinandersetzung der Staatsprüfung für das Krankenpflegepersonal, das bereits drei Jahre in Kranken-

anstalten und größeren Privatkliniken in der Krankenpflege beruflich tätig gewesen ist, abgekürzte Lehrgänge eingerichtet von vierzehntägiger Dauer.

Nach Abschluß dieses gekürzten Lehrgangs werden die Teilnehmer zur staatlichen Prüfung zugelassen,

um nun feststellen zu können, wieviel Krankenpflegepersonen weiblichen und männlichen Geschlechts für die abgelöste Kurve in Frage kommen, haben wir dem Ministerium das erforderliche Rahmenmaterial zu unterbreiten. Wir ersuchen deshalb lärmliche Krankenpflegepersonen, die diese Bedingungen erfüllen und in der Lage sind, den Nachwuchs zu führen, daß sie die Krankenpflege seit mindestens drei Jahren einwandfrei ausüben (jährliches Zeugnis) in ihrem eigenen Interesse, sich möglichst umgehend bei der Unterzeichnenden mit diesen Nachweisen vorstellen zu wollen. Wir weisen besonders darauf hin, daß ein Nachwuchs in Bearbeitung ist, nach welchem in nicht allzu ferner Zeit nur noch staatlich anerkanntes Reichskontrollamt des Gesundheitswesens im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Leipzig, Zeitzer Straße 22, Saalbau 1. — Sprechzeit 8—10 Uhr und 12—1 Uhr vormittags.

Die Leipziger Orakel über den USP.-Parteitag.

Die Redakteure und die „Linken“ beschäftigen sich eingehend mit den Beratungen, in denen die Leipziger USP-Mitglieder den Bericht vom Parteitag entgegennahmen. Dabei können die lieben Parteidamen von übermorgen ihren Vater über den Verlauf des Parteitags nicht unterrichten. Sie hatten wenigstens auf einen Trost für ihre getäuschten Hoffnungen bei den Beratungsversammlungen geredet und nun war es wieder nichts. Der geistige belohnende halbwärtige Redakteur der Freien Presse schreibt in einem langen Sermon über die Beratungsversammlungen unter anderem:

Die Hauptfrage ist aber, daß die Redner (die Delegierten) ausführlich über die Koalitions- und Einigungslage gesprochen haben, ohne daß man aus dem Bericht ersah, in welchem Sinne sie zu dieser fragen Stellung genommen haben.

In den Berichten über die Versammlungen steht für jeden, der lesen kann, die schon längst bekannte Tatsache wiederholt, daß das Manifest auf dem Parteitag einstimmig angenommen worden ist. Daraus ergibt sich die Stellung des Leipziger Delegierten zur Koalitions- und zur Einigungslage. Das könnte auch der Redakteur der Freien Presse merken, aber er merkt ja aus Alterserfahrung immer zu früh.

Die Geläufigkeit des Orakels, das sich Sächsische Arbeiterszeitung nennt, ist noch lächerlich und mindestens ebenso falsch wie die Übung der Freien Presse. Vor dem Parteitag präsentierte das Kommunistenblatt von der Liquidation des Leipziger Parteiprogramms. Nach dem die Wiederaufnahme aus dem Bodenlos abgedankter kommunistischer Koalitionsphrasen fehlgegangen ist, geben sie ihrem Vater über das Manifest dadurch Ausdruck, daß es als „wertloses Stück Papier“ herabzuliegen verluden. Die Mitglieder der USP wissen, daß man bestreitet kann, ob es ein solches Linienpapier sein kann, das deshalb keinen Wert hat.

Die Geläufigkeit des Orakels, das sich Sächsische Arbeiterszeitung nennt, ist noch lächerlich und mindestens ebenso falsch wie die Übung der Freien Presse. Vor dem Parteitag präsentierte das Kommunistenblatt von der Liquidation des Leipziger Parteiprogramms. Nach dem die Wiederaufnahme aus dem Bodenlos abgedankter kommunistischer Koalitionsphrasen fehlgegangen ist, geben sie ihrem Vater über das Manifest dadurch Ausdruck, daß es als „wertloses Stück Papier“ herabzuliegen verluden. Die Mitglieder der USP wissen, daß man bestreitet kann, ob es ein solches Linienpapier sein kann, das deshalb keinen Wert hat.

Die Geläufigkeit des Orakels, das sich Sächsische Arbeiterszeitung nennt, ist noch lächerlich und mindestens ebenso falsch wie die Übung der Freien Presse. Vor dem Parteitag präsentierte das Kommunistenblatt von der Liquidation des Leipziger Parteiprogramms. Nach dem die Wiederaufnahme aus dem Bodenlos abgedankter kommunistischer Koalitionsphrasen fehlgegangen ist, geben sie ihrem Vater über das Manifest dadurch Ausdruck, daß es als „wertloses Stück Papier“ herabzuliegen verluden. Die Mitglieder der USP wissen, daß man bestreitet kann, ob es ein solches Linienpapier sein kann, das deshalb keinen Wert hat.

Wie die Mieter faire gemacht werden. Das Mietsteuergesetz der Stadt Leipzig, das in im Volksmund schon längst als Mietsteuer bezeichnet wird, beliebt eine Methode, die praktisch darauf hinausläuft, in Klagenlassen die Mieter faire zu machen. Die Mieter der Stiftung für Erbauung billiger Wohnungen wehren sich gegen Mietsteuerungen. In der Sache wird für den 21. Januar Termin angelegt. Am 10. Januar erhalten die Beauftragten der etwa 250 Mieter die Mitteilung: Der Termin wird aufgehoben und den Beauftragten wird aufgegeben, bis 31. Januar ein Verzeichnis der Mieter und die gesteckte Vollmacht der Mieter einzureichen. Übernahme eines neuen Termins bleibt vorbehalten.

Jede Abstempelung der Vollmacht kostet 3 M. Der Mieter, der die Vollmacht ausstellt, muß zur Polizei und sich durch den Stempel bestimmen lassen, daß er die Vollmacht unterschrieben hat. Das sind sowiel Plakette und Untos, daß man begreifen könnte, wenn ein Mieter davon nichts wissen will und lieber die Mietsteuerung belässt, zumal ja das Amt im Volksmunde Mietersteuerung heißt.

Mietstreitigkeiten in den Meyerischen Häusern. Unter die Mietstreit veröffentlichten die Sächsische Arbeiterszeitung und die Freie Presse eine Zuldrift die auch uns zugegangen ist. In der Zuldrift heißt es unter anderem: „Der Mietsteuerverband vertritt die Interessen der Mieter und nicht der Grundstücksbesitzer. Er bedau

Das Dresdener Ultimatum auch für Leipzig.

Der Präsident der Eisenbahngeneraldirektion Dresden veröffentlicht folgenden Aufruf:

Nachdem auch einige Leininger Dienststellen des Bereiches der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden in wilde Streiks eingetreten sind, wird bekanntgegeben, daß der in den Tageszeitungen vom 21. Januar veröffentlichte Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit auch für Leipzig mit der Aktion nicht, daß alle in den Streik getretenen Bediensteten aufgefordert werden, ihre Arbeit spätestens bis Mittwoch, den 25. Januar, nachmittags 2 Uhr wieder einzunehmen. Andernfalls würde die in Aussicht gestellte Dienstentlassung oder disziplinarische Bestrafung eintreten.

Eisenbahn-Generaldirektion.

Über den Straßenbahnerstreik

und seine Ursache berichtet in den Redaktionen der meisten Tageszeitungen noch recht große Unzertüne, die falsche irreführende Berichte zeitigt, die wiederum die Oeffentlichkeit verwirren müssen.

In mehreren Zeitungen werden die Lohnforderungen der Straßenbahner in den Städten Planen, Zwickau und Hohenstein-Ernstthal als besondere örtliche Forderungen dieser Personale bezeichnet, über die auch örtlich verhandelt werden müsse. Dieses trifft auf keinen Fall zu. Die Forderungen der Personale in allen Betrieben unseres Sachsenlandes, die dem Unternehmerverband der Straßen-, Klein- und Privateisenbahnen angehören, sind einheitliche und müssen auch gemeinsam verhandelt werden.

Gefragt wird weiter darüber, daß die Bahn in Hohenstein-Ernstthal stillgelegt wurde, da hierdurch die Kohlenförderung im Döhlener Steinkohlenrevier erheblich beeinträchtigt wird. Auch die Streitlösung hat reißlich geprägt, und es ist ihr sehr schwer gefallen, die Zustimmung zu dieser Maßnahme zu geben. Als aber die Tagessprecher ihren Hinweis auf die Gefahr als Bluff und Drohung bezeichnete, die in der breiten Oeffentlichkeit noch lächerlich gemacht wurde, waren wir es der gerechten Sache der ländlichen Straßenbahner huldig, unsre Bedenken zurückzustellen. Hiermit sind die Mittel der Streikenden leinesfalls erschöpft. Bis jetzt werden in allen Betrieben die Notstandsarbeiten glatt und willig verrichtet. Sollte aber wider Erwarten die Hartnäckigkeit des Unternehmerverbandes noch weiter anhalten, sind wir gespannt, auch hier eine Aenderung herbeizuführen. Auch wir hoffen auf eine baldige Beilegung dieses Kampfes. Wird diese Hoffnung nicht erfüllt, so muß der Grundschluß angewendet werden. Rücksichtslosigkeit verkürzt den Kampf. Man kann Arbeitern, die um einige Mark Lohnerhöhung streiken, nicht zumuten, daß sie wochenlangen Lohnausfall erleiden, wodurch die angestrebte Lohn erhöhung und Verfestigung der Familie illusorisch gemacht wird.

Einige Zeitungen glauben verpflichtet zu sein, den Rat der Stadt Leipzig, den wir als Hemmnis bezeichnen, in Schuß nehmen zu müssen. Dabei steht fest, daß die hiesigen Vertreter des Straßenbahnbetriebs bei den Verhandlungen erklärten, „wir können nicht wie wir wollen, sondern wir erhalten unter Marschrute vom Rat der Stadt“. Wollte der Rat die Beilegung des Streiks, so brauchte dieser doch nur in seiner Sitzung am letzten Freitag dem Beschluß der Stadtverordneten beizutreten und der Weg einer Verständigung war gegeben. Mithin ist es der Rat der Stadt Leipzig, der alle Verantwortung für den jetzigen Zustand zu tragen hat.

Die Streitlösung.

Der Schiedsspruch im Großhandel nicht als verbindlich erklärt.

Der Demobilmachungskommissar hat den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 21. Dezember nicht für verbindlich erklärt. Die Organisationen hatten mit den Unternehmern am 9. Januar eine Vorbesprechung, wobei die Unternehmer nur 15 Prozentzulage boten. Das haben die Organisationen abgelehnt, weil sie der Schlichtungsausschuß schon 30 Prozent zugestimmt hatte. Der Demobilmachungskommissar hatte nicht den Mut, die Verbindlichkeitserklärung auszuweichen; er begründete seine ablehnende Haltung damit, daß der Tarif angeblich noch bis zum 31. Januar läuft, obwohl bei Abzug desselben anzustehen war, daß Lohnforderungen eingerichtet werden könnten, wenn während der Laufzeit des Tarifs die Leistung wesentlich ansteigt.

Die Angestellten können daraus erziehen, daß ihnen die gesuchten Schlichtungseinrichtungen so gut wie keinen Vorteil bringen.

Achtung! Zigarettenarbeiter!

Die Löhne in der Zigarettenindustrie betragen ab 1. Dezember 1921:

für Arbeiterinnen bis 16 Jahren	160 Mf. pro Woche
" von 16-18 Jahren	205 " "
" über 18 Jahre	260 " "
" Maschinenarbeiterinnen	270 " "
" Arbeiter bis 18 Jahre	290 " "
" von 18-21 Jahren	330 " "
" über 21 Jahre (ob verheiratet oder ledig)	420 " "

Die Löhne der Altkarbeiterinnen müssen so bemessen sein, daß ein Gruppendurchschnittsverdienst von 312,50 Mf. pro Woche erreicht wird, mit Ausnahme der Tabakarbeiter bzw. Sortiererinnen, deren Gruppendurchschnittsverdienst 325 Mf. pro Woche betragen soll.

Kolléginnen! In letzter Zeit sind durch Inserate in den Arbeiterzeitungen wiederholt Zigarettenpaderinnen usw. gefeuht worden und gerade von den Firmen, die diesen Lohn nicht zahlen. Wir machen darum die gesamten Zigarettenarbeiter auf diese Firmen aufmerksam und eruchen alle Arbeiter, nicht eher Arbeit anzunehmen, bis sie Gewissheit haben, daß Tariflohn gezaubert werden. Den Arbeiterinnen und Arbeitern in den einzelnen Betrieben, in denen noch unter Tariflohn gearbeitet wird, möchten wir empfehlen, sich im Tabakarbeiter-Verband zu organisieren. Nur mit Hilfe der Organisation und ein geschlossenes Zusammenhalten werden diese Unternehmer einsehen, daß auch sie Tariflohn zahlen müssen.

In nächster Zeit werden wir die Namen der Firmen, die die Tariflohn nicht zahlen, in den Arbeiterzeitungen veröffentlichen und uns auch nicht scheuen, vom Schlichtungsausschuß die Löhne festlegen zu lassen. Nächste Auskunft erteilt das Verbandsbüro, das sich ab 26. Januar 1922 in Hollhaus, Zeitzer Straße 32, IV, Zimmer Nr. 116, befindet. Geschäftszzeit 9-12 und 4-6. Sonnabends 9-2 Uhr.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Neue Löhne im Schuhmachergewerbe.

Ab 2. Januar 1922 tritt die Vereinbarung vom 3. November 1921 außer Kraft; an deren Stelle tritt mit Wirkung vom 2. Januar 1922 die folgende Vereinbarung:

Ab 2. Januar 1922 wird auf die jeweiligen Wochenverdienste, die sich auf Grund der Lohnsätze jährlich des seitherigen proportionalen Zuschlags vom 22. Januar 1921 (20 Prozent für die Arbeiter und Arbeiterrinnen über 18 Jahre und 15 Prozent für Arbeiter und Arbeiterrinnen unter 18 Jahren) ergeben, für jede geleistete Arbeitsstunde ein Lohnzuschlag gewährt, der sich wie folgt berechnet:

über 24 Jahre, männl.	5,75 Mf.	weibl.	5,25 Mf.
von 21-24 Jahren,	5,25	"	4,75
" 18-21	4,20	"	3,80
" 16-18	3,05	"	2,60
unter 16	1,95	"	1,65

Die neuen Stundenlöhne ab 2. Januar 1922 sind folgende:

über 24 Jahre, männl.	11,75 Mf.	weibl.	9,75 Mf.
von 21-24 Jahren	11,25	"	8,45
" 18-21	9,-	"	7,16
" 16-18	6,50	"	5,01
unter 15	4,25	"	3,26

Wir fordern alle Kollegen und Kolleginnen auf, die neuen Zugänge zu verlangen. Wo dieselben nicht gezahlt werden, ist sofort der Ortsverwaltung Mitteilung zu machen.

Zentral-Verband der Schuhmacher.

Gegen unberechtigte Angriffe

wendet sich in folgender Binschrift der Bund deutscher Reichsteuerbeamten:

Der Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat auf dem Parteitag des Zentrums am Sonntag, dem 15. d. M., u. a. ausgesprochen, daß die Steuerbeamenschaft, die teilweise nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe stehe, qualitativ erheblich verbessert werden müsse.

Wo es notwendig sei, werde in Personallagen Massnahmen ergreift werden.

Wir legen entschieden Verwohnung dagegen ein, daß die Schuld an den Sodungen des Beamtenvertrags abschließend einzig der ausführenden Beamtenfamilie aufgelegt wird. Wenn es in diesem galt, so war es vor allen Dingen die Qualität der in diesem höchst unklaren Steuergesetz, die all dies noch mehr schadhaft auslöste. Außerdem mußte man in einer solchen Gesetzeslage bestrebt sein, die Arbeit auf das übliche erheblich und gehemmt zu werden. Das Publikum, das hier in dem Gewirr von unzähligen gesetzlichen Vorschriften fast nicht zu orientieren beginnt, nimmt dem Beamten einen großen Teil seines Arbeitszeit, die mit dem Ausüben der meist zu hoch beanspruchten, riesenhafte ausgedehnten Bürogeschäftsverwaltung verbraucht wird. Kaufmännischer Geist soll an Stelle des Bürokratismus in die Verwaltung eindringen, dabei fehlt es großenteils an den dazu nötigen Hilfsmitteln (anreichenden Betriebsanweisungen usw.), die einem beratlichen Ziele leichter und kostengünstiger Arbeitsweise fördern können. Die Verwaltung hat sich fortwährend der Notwendigkeit verschlossen, von uns, den Praktikern, Vorschläge und Anregungen entgegenzunehmen, die sie doch manches Bruchstücke liegen könnten. Sie läßt es sich bisher nur unvollkommen anzeigen, in personalpolitischen Fragen so in Sachen des Aufstiegs zu höheren Stellen usw.) diejenige Aufreihenheit zu lassen, die den Arbeitswiderstand in Arbeitskreise umwandelt. Sie läßt es geschehen, daß einer der besten Sicherungen der Arbeit, die im Jahre 1920 geschaffenen Praktikanten, trotz erfahrener Sicherung von Diäten keinerlei Anteil an den seit August für Diäten erhöhten Beziehungen erhalten, weil die nach dem Eintritt des Gesetzes vorgebrachte dreijährige Vorbereitungszeit noch nicht erfüllt sei. Man hebt die Qualität einer Beamtenfamilie nicht, indem man sie niederröhrt, man hebt sie auch nicht, indem man öffentlich von ihr abschaut. Ein solches Wesen wird weiter dem Steuerbeamten noch ihrem sachlichen Arbeiten das Heil bringen."

Ende des Schuharbeiterstreiks. Die in Denau-Schirgis unter Mitwirkung der württembergischen und bairischen Regierung ausgeführten Verhandlungen haben an der Vereinigung des Schwarzwälder Schuharbeitervereins geführt. Ein großer Teil der Betriebe hat bereits am Montagabend die Arbeit wieder aufgenommen.

Drohende Stillstandssperre der Hagen-Schmelzer Eisen- und Metallindustrie. In der Lohnbewegung der Hagen-Schmelzer Eisen- und Metallindustrie erklärte sich ein von den Gewerkschaften angemessenes Schiedsgericht nach langen Verhandlungen ausrichtende, einen Schiedsspruch abzugeben. Daraufhin hat gestern die gesamte Arbeiterschaft mit 14 tägiger Frist ihr Arbeitsempfindnis erläutert. Wenn innerhalb dieser Frist eine Einigung nicht erreicht wird, so ist nach 14 Tagen mit einer Stilllegung der Werke und des ganzen Betriebes zu rechnen.

Briefkassen der Redaktion.

E. S. Sie müssen Ihrem Vater Unterhalt gewähren, wenn Sie dazu in der Lage sind. Ihr Vater muss bei der Kreishauptmannschaft Beschwerde einlegen. — 3 M. Parteiplatze.

R. K. 222. Sehen Sie sich den abgeschlossenen Tarifvertrag genau an. Wenn er eine dementsprechende Bestimmung nicht enthält, hat der Käufer noch ihre Gültigkeit. Die Kündigungsfrist ist maßgebend, die Sie vertraglich vereinbart haben.

P. J. Wenn der Rat noch Ansprüche zu stellen hat, hösten später die Erben, wenn sie die Erbschaft antreten, für die Schulden. — 20 P. Parteiplatz.

Veranstaltungskalender.

Mittwoch, den 25. Januar.

U.S.P. Deutscher Vater 1½ Uhr.

Leipziger Hausmeister, Vanilleon 1½ Uhr.

Arb. und Arbeiter, i. Lebensm. u. Gemüseh., Volksbau 7 Uhr.

Textilarbeiter, Volksbau 7 Uhr.

Gemeinde- und Staatsarbeiter, Neuer Galhof, Görlitz 1½ Uhr.

Proletarische Freidenker, Hänichen-Lützschena, Nalina.

Tagesordnungen usw. in vorausgenannten Toleraten erläutlich.

Weisse Wand

Tauchaer Straße, neben Krystallpalast

Heute bis Donnerstag ab 4 Uhr für Erwachsene

Die preisgekrönte und gefeierte Schönheit Leo Parry

Die Liebesabenteuer der schönen Eveline

Der grosse, starke Sitten- und Sensations-Film 5 entzückende Abteilungen 5

„Der geheimnisvolle Fremde“

5 entzückende Akte 5

Das Theater ist gut geheizt!

Ab Freitag bis Montag, täglich ab 4 Uhr Grosse Jugend- und Familien-Vorstellung

Tischlein deck dich und Kinderherzen 5 Akte.

4 Akte.

U.T.

L.-Connawitz

Pogauer Str. 12a, am Kreuz. Fornr. 36107

Ab heute, den 24., bis 26. Januar:

Lee Parry

die preisgekrönte Schönheit in dem großen Richard Krichbaum-Monumental-Film

Die Liebesabenteuer der schönen Eveline

Die Mordmilie auf Evans Hill. 6 Akte.

Der Meisterspieler Richard Eichberg.

Lee Parry als Eveline 6 Akte.

spielt auch diesmal ihre Rolle unvergleichlich und wird aufs neue allgemeinen Beifall bei den Kinobesuchern finden.

Außerdem:

Der große amerikanische Riesen-Episoden-Film

Brass-Bullett

oder

Das Paar ergeschoss 6 Abteilungen — 3½ Akte.

Dieser große amerikanische Riesenfilm übertrifft alles bisher Gehörte an Sensationen.

Eintritt 5,30 Uhr. Beginn: 6 und 8,15 Uhr.

Im Künstlerorchester

Skatspieler finden ab 2 Uhr
W. Schäfer, Berliner Str. 26.

MEXICO-
Zigaretten, 10 Std. nur 12 Mf.
in der Zigaretten-Filiale
Kreuzstrasse 23.

Weinbrand-
Berechnitt. ½ Liter 45.—
Jamaica-Rum-
Berechnitt. ½ Liter 60.—
empfohlen in anerkannt gut. Qual.

L. O. Kaspar Nachfolger
2. Weinwiss. Böhmische Str. 30

Gustav Kaniss
Schmied. Kaufhof Str. 6.—

Geschlechts-
u. Hautfeinden, ferner innere
u. äußere Krankh., Nerven,
Frauenfeinden u. im Behandl.
mit Homöop. — Lachtheliopt. —
Mallone. W. Schönitz, Kohl-
gartenstr. 20. 9-12. 3-7. 1*

Haut-, Geschlechts-,
u. Hornien-, vors. nero. schwäde
babab. Dr. med. Dörl. nicht
approbiert. Mittal. naturwiss.
Gesell. Leipzig. Ausprägung.
Sprechst. von 9-2 u. 4-11 Uhr. 1*

Reklame-
Druckjachen

Seitnut. 1. M. 469.

Leipziger Buchdr

Feuilleton

Dienstag, 24. Januar 1922

Der einzige Weg.

Roman von Paul Reboux.

Übersetzung von Rudolf Fürst.

Copyright 1921 by Grethlein u. Co., G. m. b. H., Leipzig.

Duclair fühlte den gereizten Ton dieser Antwort. Aber er war nicht verlegt. Er war eben ein Theoretiker ohne Leidenschaft.

„Ich möchte Ihnen durchaus nichts sagen, was Sie peinlich betrüben könnte.“

Real hatte sich gesahzt und seine feindselige Regung unterdrückt. Er bat Duclair, fortzufahren.

„Ich frage Sie, Herr Real, ob Sie sich darüber klar waren, was ohne die Marschallacht geschehen wäre?“

„Mein Gott, das ist sehr einfach. Die Deutschen hätten alles zerstört und hätten uns eine ungemeine Kriegsentschädigung auferlegt. Wir alle wären von unserem Grund und Boden verjagt worden.“

Der andre unterbrach ihn:

„Nur nicht so schnell! Erlauben Sie mir die Bemerkung, daß Sie denn doch etwas Besonderes sehen. Wenn ein Heer vorrückt, ohne daß man sich ihm widersteht, wird es sich hüten, Güter zu vernichten, die ihm selbst später nützlich sein könnten. Es wird Brücken, Fabrikanten, Scheunen, Wohnhäuser hübsch in Ruhe lassen. Alles Urteil stammt nur vom Widerstand. Da kommt dann die ganze Wildheit zum Ausbruch: die verwüsteten Felder, die brennenden Dörfer, die Pillingerungen, die Menschen, kurz, die Kriegs-

greuel.“

Real lächelte bitter:

„Ihre Lehre ist also: Trete ein, liebe Freunde! Tut, als ob ihr zu Hause wärst! Miesisch, eine Kleinigkeit!“

Duclair bemühte sich, deutlicher zu werden:

„Gewiß, verehrter Herr Real, eine Kleinigkeit für Sie, für mich, für alle Schillengrabenlämpfer, für 99 000 von 100 000 Einwohnern. Seit dem Mittelalter haben sich Sitten und Gebräuche eben geändert. Hat selbst Napoleon die Einwohner der eroberten Städte vertrieben? Was hätte es für die Bewohner von Preß bedeutet, ob Preß nun eine deutsche oder französische Aufschrift befürte? Sie würden immer Steuern zahlen müssen, und zweifellos minder hoch, als sie heute zahlen. Ihre Gewohnheiten wären nur insoweit geändert worden, als sie heimliche Eisenbahnzüge, saubere Straßen erhalten hätten. Jeder hätte aus der neuen Klimaphäre, die anwachsender Handel hätte um sich verbreitet. Ruhm gezogen. Ich bitte Sie, was hätte es uns persönlich geschadet, wenn die Erzäger von Wien ihre Besitzer gewechselt hätten? Die Aktionäre hätten auch weiter den Erlös ihrer Zinsen, die Arbeiter ihren Lohn gehabt...“

„Aber unsere Industrie hätte das Erz viel teurer bezahlen müssen.“

„Wie weniger teuer als die Kohle, die wir von England bezogen.“

Real wurde zornig:

„Hören Sie doch auf! Sie wollten uns unsre Provinzen nehmen, die Champagne, Burgund und so fort.“

„Lassen Sie doch! Dann wäre es den Provinzen ergangen wie den Städten. Kein Einwohner hätte etwas andres zu erleben gehabt als die Tendenz in der Uniform der Schuluniform. Ich versichere Ihnen, ein Wechselwechsel ist minder schlimm als eine Schlacht. Der Nationalstolz war ganz gut für die Zeit der großen Federbüchse.“

„Also Abdankung Frankreichs“, sagte Real bitter, „mir scheint daß Ihnen diese Möglichkeit wenig Kummer macht.“

Duclair erwirkte friedfertig:

„Das wäre keine Abdankung. Eine Blutunterschicht hätten wir sehr gut brauchen können. Unsre trügsten Landsleute hätten sich belebt, wie die Lombarden, wie Katalanen unter deutschem Einfluß. Wir sind ein Volk von Erfindern, Künstlern, Landwirten, Kleinbüchsen. Unsre Aussichten bestehen darin, daß wir zuschauen, wie andre unsern Gesundheitszustand verbessern, unsre Verlehrmittel, unsre Erzeugnisse zweckdienlicher machen und unsre Landesprodukte über die Erdoberfläche verbreiten, wogegen wir unschön sind. Ich komme also auch auf die Frage zurück, die ich schon aufgeworfen habe: Wie können persönliche Vorteile in ihrer Gesamtheit ein Unglück für die Allgemeinheit ergeben?“

Real rief aus:

„Wohlbeden ohne Würde, Glück von Hunden an der Leine!“

„Aber nein, verehrter Herr. Die Deutschen sind als Volk ziemlich hofflos. Sie wären so rasch in unserm Volksgut aufgegangen, wie sie sich in den Vereinigten Staaten amerikanisiert haben. Wir hingegen sind ein starkes Volk. Wir haben einen ganz bestimmten Volkscharakter. Schicken Sie einen Franzosen in die Verbannung, er bleibt Franzose bis in die Finger spitzen. Wir wären erst recht bei uns im Lande Franzosen geblieben. Nur eine sterbenkrone Rose erliegt einer heratlichen Veränderung. Wenn sie noch Leben in sich fühlt, verdaut sie ihren Besitzer.“

Real nahm spöttisch das Bild auf:

„Wenn er nur nicht gar zu unverdaulich ist! Lassen Sie es gut sein! Die Pickelhaube wäre uns im Halse stecken geblieben. Leider Gottes gibt es Haß aus Naturtrich, tierischen Haß...“

„Ich leugne nicht, daß Haß vorhanden ist.“

„Na, also!“

„Wie in jedem Lande Europas zwischen den Gemeinschaften und den einzelnen Provinzen, die sich schließlich als Vaterländer aufgetan haben, Haß besteht...“ Die Erinnerung an die Vergangenheit sollte uns wenigstens befähigen, die Möglichkeiten für die Zukunft zu erkennen. Die Deutschen sind ein junges, fruchtbares Volk. Wenn wir ihnen die Auswanderung nach den Kolonien unterbinden, werden sie sich nach dem Westen ausbreiten, nach dem großen Geiste der Völkerwanderung, das Ihnen nicht unbekannt sein dürfte. Auch wir haben jetzt die Wahl. Sie werden friedlich zu uns mit der Nordbahn kommen oder sie werden neuerdings von der Eroberungswut getrieben, die schon einmal ihr Unglück wie das unsre war, mit Trommeln und Querpfosten durch die Avenue des Champs-Elysées einmarschierten. Ich ziehe das erste vor.“

Die zynische Ruhe, mit der dieser Franzose der Bezeichnung seines Landes entgegenging, empörte Real. Als sie zum Pont-Neuf gekommen waren, verabschiedete er sich lachend von Duclair und Jacob und ging allein weiter. Er atmete kräftig und schritt schnell dahin, als wollte er diese abscheulichen Nebensachen los werden.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Arthur Nikisch gestorben.

Leipzig. (WB.) Geheimrat Dr. Arthur Nikisch ist gestern abend im 67. Lebensjahr nach kurzer Krankheit — Grippe, verbunden mit Lungenentzündung — gestorben.

Der Tod Arthur Nikisch ist nicht nur für die Musikwelt Leipzigs ein unerwartet schwerer Schlag, sondern die ganze Welt wird um diesen Interpreten der Tonkunst trauern. Noch vor kurzer Zeit hat er gewaltige Lorbeeren in Amerika gesammelt.

Überall ist Arthur Nikisch gefeiert worden als der genialste Meister des Taktstödes.

Der tragisch schnelle Abschluß seines Lebens wird manchen unserer Parteigenossen überraschend kommen, die noch vor wenigen Tagen, in dem Konzert während der Parteitagsgesellschaft, den Meister zu bewundern vermochten. Das Konzert für die Teilnehmer des Parteitages wurde das musikalische Testament Arthur Nikischs. Am nächsten Tage begann seine Krankheit und seither hat er seine Tätigkeit nicht wieder aufgenommen. Alle Teilnehmer an seinem Konzert kennen die Reihenfolge des Programms und wissen, daß das Konzert schloß mit dem Vorspiel zu den Meistersingern, jener gewaltigen Hymne auf die Kunst deutscher Meister. Mit dem Vorspiel zu den Meistersingern hat damit Arthur Nikisch auch sein Leben beschlossen und sich selbst ein Denkmal in der Reihe der ausführenden Künstler gesetzt. Symbolisch wurde damit unbewußt angedeutet, daß Arthur Nikisch seine Kunst nicht allein im Sinn des Bürgertums betrieb, sondern daß es gerade Arthur Nikisch gewesen ist, der für das Kunsterverständnis der Leipziger Arbeiter und für das Bekanntwerden deutscher Meister in Arbeiterkreisen nicht wenigstens befragt hat.

Wir werden in den nächsten Tagen die Verdienste Arthur Nikischs eingehender würdigen.

Schnittsbürger allzeit beliebt gewesen. In der Welt Benedixens gibt es keine ernsthaften Konflikte, man sieht allemal schon, wenn er einen Knoten schlägt, wie er ihn nach etwas gelinder Erregung wieder lösen wird. Er kennt keine Klassengegenseite, alles ist einer Harmonie und seine Welt ist die beste für den geruhigen, wohlhabenden Bürger. Was seine Stille in der heutigen Zeit noch selten ist, ist unerklärlich — man kann sie nur noch mit einem nachsichtigen Lächeln ob der Art zu durchsichtigen Kunstgriffe dieses Autors genießen. Schade, daß sich Herr Büßer für sein Gastspiel nichts Besseres zu wählen wußte. Man muß allerdings zugeben, er spielt den alten Leberecht Müller virtuos und liebenswürdig. In dem Stil dieses Genes ist er unbestritten Meister. Besonders ist dabei sein von aller Star-Bordrangerie weit entferntes völliges Einordnen in das Ensemble zu loben. Die Leipziger Kräfte halten sich unter Steiners Leitung auf den Stil des Stiles völlig eingestellt und behaupteten sich gut neben dem Gott. Melancie Krüger-Michaelis als Sibyllenfrau, d. h. als alles durchendende Schwiegermutter, bot eine routinierte Leistung. Gertrude Langfelder als Thelma machte aus dieser Puppe alles mögliche. Louis Fleck (Ullwine) vertrat noch etwas die Anfängerin, das Spiel ist noch etwas stromhaft, aber es zeigt schon gute Qualitäten. Hanns Steiner war ein sehr witziger Stadthändler und Schauspieler, und Walter Neuschle ein sehr braver und interessanter Liebhaber. Die Genetik ist recht erfreulich und das Zusammenspiel zu loben. Das Haus, das ziemlich große Nüden aufwies — der Straßenbahnerstreit wird dem Theater gefährlich — war sehr belastungsstark. H. B.

Konzerte. Im 8. Philharmonischen Sonnagaskonzert sprang Sir Henry Hallermeister O'hermel Herr Kapellmeister Weber als Stellvertreter ein. Herr Weber ist wohl im Grunde ein sehr routinierter und musikalisch erfahrener Dirigent, aber um sich in eine Beethoven-Symphonie (D-Dur Nr. 3) ganz einzuleben, genügt das allein noch lange nicht. Auch litt das Orchester im Zusammenispiel an vielen Stellen an Brüderlichkeit (zweite Gelgen). Ohne unzüglich zu nörgeln, möchte ich die Frage aufwerfen: Wie kommt es, daß bei einem Orchester mit schönen Klangfarben in der letzten Zeit kein strammes Zusammenspiel mehr erzielt wird? Liegt es an Überbildung oder an dem ständigen Dirigentenwechsel? Wenn den Philharmonikern ihr Orchester am Herzen liegt, dann müssen sie dafür sorgen, einen neuen, inneren Geist zu erzeugen. Herr Felix Robert Mendelssohn (Berlin) erwies sich in dem Cello-Konzert mit Orchester von A. Waterman als fabelloses Techniker und feinmusikalischer Künstler. Das Werk Watermans häuft sich im allgemeinen im symphonischen Charakter und wirkt durch Melodik und feinfühlige Instrumentation sehr angenehm. Die zwei Stücke von F. Delius für kleines Orchester konnte ich leider nicht hören. — Fräulein Rose König mag in einer Privatschaffest oder einem Verein wohl anerkannt werden, wenn man aber einen eigenen Niederabend veranstaltet, werden höhere Ansprüche gestellt. Einen ganzen Abend lang die kleine Stimme und dazu im mezzo voce (halbe Stimme) Gesang anzuhören, wird ermüdend. Zu beglücken war es, daß die Sängerin nur solche Lieder wählte, die im romanischen Stil liegen, daß sie nicht an dramatische heranting. Mit ihrem Vortrag konnte man sich gut abstimmen. Herr Otto Dörr war als Begleiter ein Kamerad der sich gut anschmiege und sauber begleitete.

Schule und Elternhaus. Das unter diesem Titel von Walter Kluge, Deutscher, herausgegebene Schulblatt fürs deutsche Haus beginnt seinen dritten Jahrgang. Es hat in den zwei Jahren in so tapferer Weise den Kampf um die westliche Schule geführt und hat in so vielen trefflichen Artikeln das Verständnis der Eltern für Schul- und Erziehungsfragen aller Art zu fördern gesucht, daß wir unsern Lesern nur empfehlen können, das Blatt zu abonnieren.

In der ersten Nummer des neuen Jahrganges werden u. a. die Schulfesten besprochen und lesewerte Artikel über Vernissage, Fortbildungsschule und Schulraumfrage, eine Rubrik „Die Mutter als Erzieherin“, eine Monatsumschau, eine Versprechung des Hafes Leonhardt, der die Lehrer Elgner und Hauner nannte, sowie eine größere Anzahl wichtiger Notizen machen seinen Inhalt aus. Eine Bellage für Herz und Gemüt, in der u. a. Goßfried Kessler gewürdigt wird, und eine solche für unsre Kinder bereichern das in jeder Beziehung wertvolle Blatt, dem eine rege Propaganda durch unsre Elternräte zu wünschen ist. Es erscheint monatlich einmal und kostet durch die Post bis gegen jährlich nur 12 Pf., bei seinem reichen Inhalt ein sehr befreiender Preis.

Professielle Tribüne. Mit seinem Vortrag über Das revolutionäre Bild gewann der unermüdliche K. A. Wittfogel den Professiellen Tribüne ein neues Gebiet. Seine Ausführungen, wenn auch vielleicht nicht auf das Lehe durchdacht, waren ungemein anregend und gesellt. Die bürgerliche Kunstschriftsetzung ist zu einem großen Teile nichts als ein unwillenswirtschaftliches, rein literarisches Herumtreiben um Künstler und Kunstuwerke; um so mehr tut es not, mit marxistischen Forschungsmethoden an die Dinge heranzugehen. Zwei Vertreter marxistischer Kunstabrechnung wurden von Wittfogel genannt: W. Hauffenstein, der den Ausgang vom formalen, und E. Fuchs, der den zweiten Weg einschlug, zeigte an einer Masse von Bildern, wie die sozialen Spannungen und die wirtschaftlichen Krise der Ausgebeuteten sich in der Kunst der Zeiten, vom ägyptischen Relief bis zu Nähe Kossow, widerspiegeln. Oft gewinnt man diese Erkenntnisse wider den Willen der schaffenden Künstler selbst. Die früher fast stets im Solde der Mehrwert verschwendenden Klassen standen; es gibt aber auch eine bewußt revolutionäre Gestaltung des Bildes durch Künstler, die sich mit den unterdrückten Schichten eins fühlen. Am Schlusse seiner Darlegungen gab Wittfogel Proben der bolschewistischen Plakatkunst, die jetzt von den Verzerrungen eines übersteigerten Expressionismus zu sehr einfachen, geodaezo klassischen Formen übergegangen ist. Es ist zu vermuten, daß die proletarische Kunst in Deutschland die gleiche Entwicklung nehmen wird. E. J.

Städtische Theater. Im Alten Theater kommt Sonnabend den 28. Januar, „Vater und Sohn“, ein Drama aus der Jugendzeit Friedrichs des Großen, von Joachim von der Goltz zur Aufführung. Für Mitglieder des Schillervereins gelten an diesem Abend die Karten mit dem Aufdruck 4a. Donnerstag, den 2. Februar, gelten die Karten 4b; Dienstag, den 7. Februar, die Karten 4c; Freitag, den 10. Februar die Karten 4d; Freitag, den 17. Februar die Karten 4e. Die am 7. Januar ausgeschlagene Vorstellung von Erlik von Unruh, „Ein Geschlecht“ wird Mittwoch den 1. Februar nachgeholt. Für Mitglieder des Schillervereins gelten die Karten 4u.

Kleines Theater. Am Sonntag, dem 20. Januar, vormittags 11½ Uhr, wird die Reihe der regelmäßigen Sonntagmittags-Aufführungen wieder aufgenommen, und zwar gelangt als 10. Marke eines das „Stegkreispiet von Versailles“ von Molière, eines der interessantesten und für den Dichter ausschließlich wichtigen Bühnenwerke, das bisher zu Unrecht keinerlei Beachtung fand, zur Aufführung.

Leipziger Kunstmuseum. Die jetzige Ausstellung wird im Laufe dieser Woche geschlossen. Sie enthält Gemälde von Prof. Hugo Weimax, und Plastik von Prof. Behn, München. Werner Friedmanns Leipziger Künstler und Graphik von Richard Seewald, München. Am 29. Januar eröffnet der Kunstverein eine Gesamt-Show jüngerer Leipziger Künstler.

Für unsere Frauen

Weiß Auge nie im Zorn geflammt,
Der ist im tiefsten Herzensgrunde,
Der ist in tiefster Seele schlecht.
Der ist bis in die letzte Stunde,
Bis in den Tod der Selbstsucht kniecht!

E. Rittershaus.

Zur Werbearbeit.

Die zweite Reichsfrauenkonferenz und der Parteitag der USPD, die vom 7. Januar an in Leipzig tagten, sind durch ihren glänzenden Verlauf im höchsten Maße geeignet, das Selbstbewußtsein unserer Genossinnen zu heben und Mut und Lust zu intensiver Parteiarbeit aufs neue zu stärken.

Die Frauenkonferenz und der Parteitag, die den proletarischen Massen die USPD zum erstenmal wieder als eine einheitliche, von gleichem Willen bestimmte, nach den gleichen Zielen strebende und mit gleichen Mitteln nach gleichen Methoden kämpfende Partei zeigten, bewiesen, daß die Spaltung der Aktionskraft der Partei nicht gehabt hat.

Die Kraft, die in der Geschlossenheit der Partei liegt, wird ihr immer mehr das Vertrauen der Proletarier eintragen und muß sich sofort in einer lebhaften Propaganda für die USPD auswirken.

Unsere Genossinnen, die bei der Leipziger Stadtverordnetenwahl den Triumph erlebt, daß die USPD als einzige proletarische Partei mehr Frauen als Männerstimmen auf sich vereinigen konnte, werden auch jetzt wieder auf dem Posten sein. Von den 60 000 Wählerinnen der USPD sind noch Tausende für die Organisation zu gewinnen. Zehntausende von organisierten Parteigenossen müssen noch gesagt werden, daß ihre Frauen und Töchter als gleichberechtigte politische Mitkämpferinnen in die Partei der USPD gehören.

Weniger die konservative Gesinnung, weniger die Verständnislosigkeit der Frau, als vielmehr der Unverständ der Männermassen ist ein Hemmnis für die organisatorische Erfassung der Frauen und Mädchen.

Genossinnen! Der Ausgang der Leipziger Stadtverordnetenwahl hat den Wert einer ausdauernden Arbeit für die Partei gezeigt! Aufs neue erschallt an euch der Ruf, der alte Weckruf der Partei:

Aktivieren, organisieren!

Wir Proletariermütter und unsere Jugend.

Aus dem Referat der Genossin Wurm über „Jugendwohlfahrt“, gehalten auf der Reichsfrauenkonferenz der USPD in Leipzig am 8. Januar 1922.

Kinder und Jugendliche sind nicht erwachsene Menschen. Sie sind andere Menschen. Sie müssen anders behandelt werden. Die Hilfe für sie muß einen andern Charakter haben als die Hilfe für Erwachsene. Die Jugend umfaßt nicht nur ein Drittel der Bevölkerung, sondern auch das erste Alterstribut des Menschenlebens, und zwar das, welches vorbereitet auf das, was sie im späteren Verlaufe leisten sollen. Wer die Jugend pflegt, der leistet Vorbildarbeit nicht nur für die heranwachsende, sondern auch für die zukünftige Generation, und die Jugendwohlfahrt ist die beste Bevölkerungspolitik, die wir in Wirklichkeit betreiben können. Jeder und jede Jugendliche muß von uns betrachtet werden als Schöpfer und Träger einer zukünftigen Generation, und die Arbeit für die Kommenden, wie die Arbeit an dem Werden, die wir zu leisten haben, müssen wir durchaus einstellen nach sozialistischen Prinzipien. Sozialistisch denkende Menschen zu bilden, das ist unsere Aufgabe, weil wir der festen Überzeugung sind, daß nur unter dem Sozialismus die Menschen sich zu höchster Vollkommenheit entwickeln können. Die Jungen seien sind aber nicht nur die Träger unseres Wirtschaftsbauens, sie wissen, was der wirtschaftliche Aufbau für uns heute so liegen hat, nein, die Jugendlichen sind mindestens gleichermassen auch Kulturträger. Sie sind nicht nur Vollbringer wirtschaftlicher Leistungen, nein, sie sollen darüber hinaus befähigt werden, unsre Kultur höher, weiter hinauf zu tragen. Das kann aber nur gelingen bei einer körperlich und geistig gesunden Jugend. Sie alle kennen das Worte: „Und was man ist, das bleibt man andern schuldig.“ Jeder von uns steht auf den Schultern eines andern. Jeder von uns lebt die Arbeit derer fort, die vor ihm gelebt und gearbeitet haben. Und die nach unsrer derzeitigen Jugend kommen, werden wieder die Arbeit der Jugend von heute fortsetzen. Aber was die Jugend denen zu verdanken hat, die Arbeit für sie geleistet haben, diese Dankeschuld trägt sie tausendsach ab durch Steigerung der erworbenen und ererbten Eigenheiten und Kenntnisse. Aber diese Steigerung kann nur eintreten durch Einordnung in die bestehenden Verhältnisse. Nur wer die bestehenden Verhältnisse klar durchschaut, wer die wirtschaftlichen Zusammenhänge kennt, wie sie heute bestehen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft, vermag dagegen anzukämpfen, um an ihre Stelle andre, bessere zu schaffen. Und dazu gehört vor allem, daß die Jugend Disziplin halten lernt. Nur wer selber Disziplin hat, kann andre dazu erziehen. Und wiederum nur wer Disziplin hat, kann seinen Willen ein- und unterordnen in den Willen der Gesamtheit. Die Vereinigung vieler Einzelwillen ist die unerlässliche Voraussetzung, den ganzen großen Gesamtwillen einzufüllen auf ein einziges großes Ziel. Wir als Sozialisten wollen nicht Persönlichkeiten läuchten. Wir wollen nicht auf Kosten vieler einigen wenigen eine besondere Ausbildung geben, nein, wir wollen die gleichen Bildungsmöglichkeiten, gestigt wie körperlich, allen zu teilen lassen, nur differenziert nach Begabung, Eignung, Tüchtigkeit. Aber alle sollen die Möglichkeit einer ihren besonderen Eigenheiten entsprechenden Ausbildung haben. Das allein wird die Gesellschaft vorwärts und aufwärts führen, und nur auf Grund dieser neuen Einstellung kann die menschliche Gesellschaft sich weiter entwideln, und zur Erfüllung dieser Aufgaben ist die Jugend in allererster Linie berufen. Wer sie unter der Jugend gearbeitet hat, oder jetzt arbeitet, der weiß, daß unter der Jugend die Tatkraft, die Fröhlichkeit der Entschlossenheit liegt; der weiß, daß langes Nachdenken nicht Sache der Jugend ist, die neue Formen sucht. Sie mit neuen Weisen füllen will. Begeht sie Fehler — und wer begeht sie nicht —, dann sind diese Fehler zu werten als Rechteerscheinungen eben dicker frischer Tatkraft, dicker jugendlicher Entschlossenheit, ohne die die Menschen um vieles langsamter vorwärts kämen. Ich erinnere Sie an die Zeit des Krieges. Die Jugend ist es gewesen, die entschlossen mit vorangegangenen ist in unserem Kampf gegen den Krieg. Gewiß wollen wir nicht die Jugend zum Vorkampf bewegen wie die Kommunisten; aber es zieht die Jugend Unrecht, wenn wir ihr nicht das Recht lassen wollten, in unsern vorherigen Reihen zu kämpfen. Aber wir wollen sie nicht benutzen als Kanonenfutter, als Stoßtrupp, sondern wir wollen, daß innerhalb unsrer Arbeit ihre Fröhlichkeit, ihre Tatkraft uns mit anregt, daß unsre Erfahrungen gemeinsam mit der Jugend sich auswirken zur Erfreichung unsres sozialistischen Endziels. Was vorlebt der

Jugend die Entschlossenheit? Nur ein Teil von ihr ist beschwert mit der Sorge um die Familie; da hat sie in entscheidenden Kämpfen oft und oft bewiesen, daß sie unbedenklich alles opfert: Elternhaus und was ihr lieb ist, wenn es sich darum handelt, ihr Ziel zu erreichen, ihr Ideal zu verwirklichen. Und das ist ein Vorteil der Jugend, woraus wir ihr nie einen Vorwurf machen sollen. Die proletarische Jugend erkennt wahrlich früh genug die Not des Lebens, und die Sorge besiegt ihr früh genug die Flucht eines alten lebhaften Talentebrates. Wir brauchen das gewiß nicht zu tun. Wir haben Vorbild zu leisten, vor allem durch unser Beispiel zu wirken, das die Jugend anstrengt zur Auseinandersetzung.

Das 20. Jahrhundert ist von bürgerlichen Schriftstellern als das Jahrhundert des Kindes bezeichnet worden. Ich möchte es bezeichnen als das Jahrhundert der Jugend. Die Jugend aller Klassen hat sich zu Anfang dieses Jahrhunderts befreit. Sie ist aktiv eingetreten in die Geschichte der Völker. Sie hat sich nicht mehr genügen lassen, ihre Verhaltungsmaßregeln von Erwachsenen zu empfangen. Sie hat sich ihre eigenen Gesetze geschaffen, die allerdings nur gültig sein können für die Zeit des jugendlichen Alters. Ich erinnere Sie daran, welche Kämpfe unsre eigene Jugend zu bestehen hatte, bis es ihr gelang, sich in der Partei die Stellung zu erobern, die ihrer wirtschaftlichen Wertung entspricht. Die Jugend ist nicht länger Objekt geblieben, sie ist Subjekt geworden; sie hat sich durchsetzen zum Recht auf eigene Betätigung und sie hat mit den Frauen gemein, daß sie im kapitalistischen Wirtschaftssystem heute unentbehrlich ist. Als Sozialisten streben wir danach, der Jugend die Wege zu ebnen, damit wir das Vorwärts- und Aufwärtsdrängen leichter werde als uns. Wir haben alles zu tun, damit, solange wie möglich, den Kindern die Ainsheit, der Jugend die Jugend erhalten bleibt.

Das erste, was vergangene Zeiten die Jugend lehrten, war: die Waffe zu führen gegen ihre Menschenbrüder. Bis heute können Sie von den Reaktionären immer wieder hören, daß die Waffendressur, der militärische Drill Hauptaufgabe der Jugendziehung sei. Ich erinnere an den preußischen Kultusminister, der in der Militarisierung der Jugend die einzige Möglichkeit sieht, eines Tages die Nahegelegte der kapitalistischen Gesellschaft zu stellen, um, wie er meint, das alte kaiserliche Deutschland wiederherzustellen. Wir können gegen diese sittliche und geistige Verseuchung der Jugend gar nicht energisch genug kämpfen.

Auch wir wollen die Jugend lehren, Waffen zu führen, aber nicht zur Menschen- und Kulturvernichtung, nicht damit die Herrschaft des Menschen über den Menschen verstetigt werde, sondern Waffen soll die Jugend führen lernen, daß sie erstarkt an Körper und Geist, die sie erzielen zur Solidarität der Völker, zur wahren Menschenliebe, zur sozialistischen Ethik. Dann erst kann von Jugendwohlfahrt die Rede sein, wenn die Jugend zum Träger wahrer Kultur geworden ist. So verstehen wir die Jugendwohlfahrt als Vorbereitung zum Menschheitsdienst durch die Jugend. Wir müssen der Jugend helfen, jung zu sein, trotz alter Not und Entbehrungen. Wir Erwachsenen müssen der Jugend das erläutern, was sie sich nicht selbst erkämpfen kann, durch unter Mitarbeit in der Gesetzgebung, damit sie von jenen sozialen Hemmungen befreit werde, die ihren Aufstieg und ihre Entwicklung erschweren.

Befreiung.

Ich stieg vier Treppen hinauf, um von oben mit der Agitation für unsre Partei, für unsre Zeitung zu beginnen.

In der Wohnung stieg ich auf ein älteres Ehepaar. Es war ähnlich gekleidet. In der Stube sah es dürrisch aus.

Man hörte mich ruhig an. Es sahen als ob den beiden die Darlegungen nicht neu wären. Als ich sie fragte, ob sie Mitglieder unsrer Bewegung werden wollten, meinte der Mann: „Es nützt ja doch alles nichts.“

Auf den Einwand bin ich gesiezt gewesen, ich erwiderte: Es ist durchaus nichtlichhaltig. Denken Sie einmal nach, wie es früher war, als wir keine oder nur eine sehr schwache Arbeiterbewegung hatten. Der Proletarier war völlig rechtlos. Er hatte in der Verwaltung, in der Gesetzgebung nichts zu sagen. Es gab keinen Arbeiterschutz, keine sozialen Versicherungsgesetze, keine Arbeitslosenunterstützung.

„Die Nahrungsmittel waren aber billiger,“ warf die Frau ein. „Allerdings! Doch könnten wir uns ja setzen? Wie war es denn? Die Löhn waren so niedrig, daß sie nicht ausreichten, um die Familie zu ernähren. Und wenn Erwerbslosigkeit herrschte, war die Not groß. Ich weiß, daß ich als Kind froh war, wenn am Sonntagmittag für drei Personen für zehn Pfennige Grünkohl auf den Tisch kam. Und die Wochentage waren zu zählen, an denen es ein Stückchen schlechte Wurst gab. Ein Hering, der fünf Pfennige kostete, mußte zu Mittag für drei Personen reichen.“

„Es geht uns heute auch traurig genug,“ sagte der Mann.

Gewiß! Doch das liegt vor allem daran, daß die Hand- und Kopfarbeiter, die Frauen in Stadt und Land sich nicht den entscheidenden Einfluß auf die Gesetzgebung, auf die Verwaltung gesichert haben. Viele haben bei der letzten Reichstagswahl die bürgerlichen Parteien gewählt, oder sie sind gar nicht zur Wahl gegangen. Die bürgerlichen Parteien haben im Reichstage die Mehrheit. Sie entscheiden stets im Sinne der Kapitalisten, der Produzenten. Daher dürfen sich die armen Leute nicht wundern, wenn die Gesetze für die Reichen gemacht werden. „Wer da hat, dem wird gegeben.“ Nach diesem Grundsatz handeln die bürgerlichen Parteien. Außerdem vertreten die Kapitalisten, die Produzenten über alle wirtschaftlichen Mittel, und die sehen sie in den Stand, den Verbrauchern die Bedingungen zu dictieren.

„Das ist es ja eben,“ erwiderte der Mann. „da können wir nichts machen.“ Die Frau nickte ihm zu.

Wohl können wir dagegen viel machen, wenn wir alle zusammenstehen. Schon der bisherige Kampf, an dem leider immer nur ein geringer Teil der Hands- und Kopfarbeiter teilgenommen hat, ist von Erfolg begleitet gewesen. Es ist in den letzten Jahren vorwärts gegangen. Vor dem Kriege hatten wir uns keinen Einfluss auf vielen Gebieten verschafft. In jüher Arbeit hatten wir uns eine Position nach der andern erobert. Die Revolution hat uns die Republik und eine Reihe politischer Rechte gebracht. Wir haben jetzt einen weit besseren Kampfboden als früher, und wenn nicht immer noch viele Frauen und Männer der arbeitenden Bevölkerung zu den kapitalistischen Parteien halten würden würden, ständen wir heute schon besser da. Gar nicht anzudenken aber ist es, wie schlimm es wäre, wenn es gar keine sozialistische Bewegung in Deutschland gäbe.

„Da haben Sie allerdings recht“, antwortete die Frau. „Ja wohl, den Sozialisten haben wir manches zu verdanken. Davon bin ich überzeugt.“

„Na also! Dann müssen Sie sich unserer Bewegung anschließen, mit uns zusammen kämpfen.“

„Das möchten wir schon, doch die Beiträge . . .“, sagte der Mann ängstlich.

„Die sind in Verhältnis zu allen andern Ausgaben sehr gering. In Leipzig erhebt die USPD vom Mann wöchentlich eine Mark, von der Frau gar nur fünfzig Pfennige. So mancher Arbeiter, dem diese Beiträge zu hoch sind, gibt für Tabak, für Alkohol, für das Kind weit mehr aus.“

„Das stimmt!“ murmelte die Frau.

„Ich meine, ehe man Geld für jene Dinge verwendet, sollten zunächst die sehr bescheidenen Ausgaben für den eigenen Befreiungskampf bereitgestellt werden. Wenn heute der Arbeiter seine politische Organisation ausbaut,

wann er in die Organe der Verwaltung, der Gesetzgebung seine Vertreter senden kann, die seine Interessen wahren, so machen sich schon nach dieser Richtung die Beiträge ziemlich bezahlt.

Das sollten besonders die Frauen überlegen. Wie Hand- und Kopfarbeiter, alle Frauen des Proletariats müssen über politischen Organisation angehören, müssen die Arbeiter, presse, die Leipziger Volkszeitung abonnieren. Wie ein kapitalistisches Blatt halt, gibt keinen Verdienst. Mit dem die Kampfzeitung keine eigenen Klasse, der kann ruhig als Vertreter an sich und seinen Klassengenossen bezeichnet werden. Wir leben in einer Zeit der wirtschaftlichen Ausweitung zwischen Kapital und Arbeit. Die Kapitalisten haben das bereits besser begriffen als viele Arbeiter. Sie schließen sich national und international zusammen. Ohne Rückicht auf ihre Konfession, auf ihre Nationalität finden sie sich zusammen, in dem einzigen Bestreben, die kapitalistische Wirtschaft aufrechtzuhalten und die Arbeiter zu beherrschen. Viele Hand- und Kopfarbeiter, viele Frauen seien die Dingen als gleichgültig, teilnahmslos, sogar feindselig gegenüber. Sie überlassen den Kampf gegen das Kapital ihren altenfeindlichen Klassengenossen und duieren nur gelegentlich ihre Unzufriedenheit über das angeblich zu wenig Erreichte. Wenn aber alle Männer und Frauen der arbeitenden Bevölkerung in einer Kampfströmung würtzen, hätten wir bereits andre Zustände. Es ist die höchste Zeit, daß sich der lebte Mann, die lebte Frau auf ihre Pflicht bestellt. Mitglied der USPD wird, die Leipziger Volkszeitung abonniert und teilnimmt an dem großen Ringen für die Befreiung der arbeitenden Bevölkerung aus der Knechtschaft des Kapitalismus.“

Meine Ausführungen hatten Erfolg. Das Paar war von ihrer Richtigkeit überzeugt. Ich sollte zwei neue Mitglieder und ein Abonnement auf die Leipziger Volkszeitung buchen.

Billige Dienstboten gesucht.

Dem Leipziger Hausfrauenverein ist der große Wurf gelungen, ein Projekt auszuhöhlen, nach dem es möglich sein wird, die Dienstbotennot mit einem Schlag zu beseitigen.

Die gnädigen Frauen sind nicht etwa daran verfallen, ihren Haushältern höhere Löne, menschenwürdige Wohnung, Kost und Behandlung, geregelte Arbeitszeit und Beseitigung der unwillkürigen Bevorzugung anzubringen. Im Gegenteil! Solche Fortbewegungen erregen ihren höchsten Abscheu, dem sie auch unverhüllt Frieden geben:

Warum liegt es, daß die Jugendlichen so wenig Lust für den hauswirtschaftlichen Beruf zeigen? Die klügste Antwort heißt: An den hohen Lönen in Industrie, Handel und Gewerbe und an der verlockenden Freiheit nach genau auf die Stunde berechneter Arbeitszeit.

Die Haushaltführung des Mittelstandes war überhaupt nur möglich durch die schamlose Ausbeutung der Arbeitskraft der Hausangestellten. Das Ende der Dienstboten ist so sprichwörtlich geworden. Für die „Herrschäften“ begann das Dienstbotenelend allerdings erst, als die Hausangestellten sich gegen ihre Ausbeutung zu wehren begannen. Sie denken auch heute nicht daran, die Forderungen der Dienstboten zu bewilligen, sondern sind auf den Haushalt Gedanken verfallen, einen Vertrag für ein hauswirtschaftliches Ausbildungsjahr auszuarbeiten, den sie nur in den Leipziger Blättern der Bevölkerung in verlorenen Gärten schildern. Der Nutzen, sagen sie, kommt beiden Teilen zugute. Die Hausfrau wird entlastet und bei der Vermietung wird der Grundstein zu einer Berufsausbildung gelegt, deren sie häufig als Hausfrau unbedingt bedarf.

Richtiger wäre wohl gesagt, daß damit der Grund zu einer recht bequemen Ausbeutung der Dienstboten gelegt wird, die so dum zu sein wählen, auf ein solches „Lehrjahr“ einzutreten. Auf Kosten der Proletarierkinder soll Mittelauslastung getrieben werden — das ist der wahre Kern der Sache!

Das ist bezeichnend für die Rüstungsindustrie der Damen. Der Mangel an Dienstboten veranlaßt sie nicht etwa, Arbeitnehmer nach Einführung einer höheren Form der Hauswirtschaft — Einflüchtersystem, Großhaushalt — zu untersuchen. Sie suchen die alten Methoden der Ausbeutung nur in einer verschleierten Form um so freller zu betreiben. Arbeitsertern, deren Kinder als Hausangestellte ihr Brot backen sollen, werden deshalb dringend gewarnt, dem Leipziger Hausfrauenverein willkommene Ausbeutungsobjekte zu liefern.

Die Schlüsselgewalt der Frau. Der vom Gewerkschaftskartell herausgegebene Leipziger Betriebsrat bringt folgende, auch für unsre Leserinnen interessante Notiz: Eine Leipziger Firma schafft eine große Anzahl von Reisenden in Deutschland herum, um Aufträge für photographische Vergrößerungen zu erlangen. Die Reisenden suchen gewöhnlich die Wohnungen in einer Zeit auf, in der die Gemänner nicht anwesend sind, und schwächen den Frauen solange etwas vor, bis diese einen Bestellschein unterschreiben. Gewöhnlich weigert sich der Mann, die künstlerisch wertvolle Vergrößerung abzunehmen und zu bezahlen, mit der Begründung, er habe das Rechtsgeschäft seiner Frau nicht genehmigt. Die Firma wendet ein, die Bestellung halte sich im Rahmen der „Schlüsselgewalt“ der Frau und verpflichtet den Gemann zur Zahlung. Der § 1557, Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches regelt die „Schlüsselgewalt der Frau“ und heißt:

Die Frau ist berechtigt, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes zu besorgen und ihn zu vertreten. Rechtsgeschäfte, die er innerhalb dieses Wirkungskreises vornimmt, gelten als im Namen des Mannes vorgenommen, wenn nicht aus den Umständen sich ein andres ergibt.

Durch ein Urteil des Umlaufgerichts Essen vom 7. April 1921 wurde eine solche Klage abgewiesen und als Entscheidungstrinke gesagt:

Der Kläger stützt seinen Anspruch auf § 1557 BGB. Es scheint aber bedenklich, die Schlüsselgewalt der Chefin so weit auszudehnen. Bei einer photographischen Vergrößerung handelt es sich um einen Luxusgegenstand, und es würde zu weit führen, wollte man die Ausübung eines Gegenstands dieser Art zu den ehelichen Aufwand betreffenden Vergrößerungen rechnen, die nach der bestehenden Sitte von der Chefin zu erledigen wären. Es ist eine bekannte Tatsache, daß gerade die Reisenden der photographischen Vergrößerungsanstalten die weniger sozialistisch gewandten Chefs ausnutzen und diese unter Aufzehrnehme ihrer Überredungslust zur Bestellung der meist überflüssigen und mehr oder weniger künstlerisch wertlosen Vergrößerungen veranlassen. Diesem Missbrauch muß gesteuert werden. Daher entspricht es auch der Willens des § 1557 eines solchen Gegenstandes nicht als ein von der Chefin im Rahmen ihrer Schlüsselgewalt vorgenommenes Rechtsgeschäft zu behandeln. Dann aber ist zur Gültigkeit desartigen Rechtsgeschäfts dem Mann gegenüber die Genehmigung des Mannes erforderlich. Das aber der Kläger die erhielt hätte hat der Kläger nicht einmal behauptet.

Der Kläger war daher unter Berücksichtigung des § 91 IZP mit seiner Klage abzuweisen.

Anders ist es, wenn die Firma die Chefin als Bestellerin verklagt. Der Gemann braucht die Zuwangsverfügung nicht zu dulden, falls er nicht in einer besonderen Klage von dem Gericht dazu verurteilt wird. Da in Arbeiterkreisen die Chefin gewöhnlich kein sogenanntes „Borbehaltsgut“ heißt, bleibt auch dann die Zuwangsverfügung erfolglos.

Jugendbewegung

Internationale Kundgebung der sozialistischen Proletarierjugend Leipzigs.

Durch die Anwesenheit der Vertreter unserer Bruderverbände, die unser Internationale Arbeitsgemeinschaft angeschlossen sind, und die Leipziger Jugend Gelegenheit, eine internationale Kundgebung zu veranstalten. Zu diesem Zweck versammelten sich die Leipziger Ortsgruppen am Dienstag, dem 17. Januar, im Saale des Pantheon. Wenn auch diese Veranstaltung nicht jenen imposanten Verlauf nehmen konnte wie die wichtige internationale Demonstration in der Textilhalle, so verdient sie doch deshalb besondere Erwähnung, weil die Jugendlichen zahlreich erschienen waren und den Ausführungen mit lebhafter Teilnahme folgten. Das mochte einigen jungen Querlöschen zuwider sein, denn sie versuchten, durch ausgehaschte Zwischenrufe ein würdiges Anendenken zu stören, mussten allerdings von den Jugendlichen, denen sie an Jahren ein Stück voraus sind, lebhaft erfahren, daß sie sich damit nur lächerlich machen.

Als erster Redner sprach als Vertreter der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen Genosse Wien und zeichnete in knappen Worten den Gedanken der internationalen Verbildung des Proletariats. Die Jugend als ein Teil der Arbeiterklasse steht vor gleichen Aufgaben. Ist es auch schwer, die durch den Krieg zerstörte alte Internationale in neue Formen zu gießen, so haben wir doch heute schon ein Stück Geschichte hinter uns, aus der wir lernen müssen. Gehen wir auch heute verschiedene Wege, so haben wir über allen Meinungsstreit das Wohl unserer gesamten Klasse, das wir nur durch einen geeinten Willen wahren können, zu stellen. Unsre Arbeitsgemeinschaft sucht den Weg, um Schulter an Schulter mit den Klassenbrüdern in allen Ländern um den Jugendkampf gegen den Militarismus zu kämpfen. Und sie wird ihn finden, aus den Trümmern der alten Internationale wird die neue gewaltiger denn je emporwachsen. Jugend, schaffe mit!

Für den deutsch-österreichischen Jugendverband übertrug Genosse Thaller-Wien die herzlichsten Grüße. In Österreich ist die sozialistische Jugendbewegung am frühesten entstanden, verursacht durch die Not der Lehrlinge. Nicht umsonst nennt man Österreich das klassische Land der Lehrlingsausbeutung. Zum Kernen war der Lehrling zuletzt beim Meister, er mußte Kinder hulshen, Studien lehren, am Sonntag in der Schule sitzen und wurde am Nachmittag in den Wirtschaftverein geschickt, wo er für freies Beeten ein Paar Pfennige bekam. So entstand auf diesem Boden die Jugendbewegung als Abwehr gegen diese Missstände. Aber die Entwicklung war mühsam in unserm Lande, in dem zehn Nationen zusammengepreßt waren. Der Krieg hat die habsburgischen Ketten, die das alte Österreich zusammenhielten, gesprengt. Heute ist das Land zusammengezogen und zählt nur noch 6 Millionen Einwohner. Und in dem armen Land, das wohl schöne Berge und Täler hat, aber keinen Boden, um genug Nahrungsmittel anzubauen, liegt das große Wien, eine Stadt mit 2 Millionen Einwohnern. Wien ist eine Stadt der Not geworden. Aber wenn auch die Armut herrscht, so steht doch das Proletariat geistig zusammen. Die Arbeiterchaft hat verstanden, ihre durch die Revolution errungenen Macht zu erhalten. Manche Einrichtung zum Wohl der Arbeiter ist geschaffen. Man hat in Deutschösterreich ein Arbeiter-Urtagsgesetz, die Lehrerinnen haben ihre Ferien, die erholungsbedürftigen werden in staatlichen Heimen untergebracht. Wenn auch noch nicht alles erreicht wurde, so steht doch ein armes Land den andern Völkern voran. Das war nur möglich durch die proletarische Einheit. Heute kann nichts ohne die Arbeiterchaft unternommen werden. Deutsche Proletarierjugend, sehe daraus und kämpfe unverdrossen weiter!

Aus den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei, aus dem Land der böhmischen Dörfer, war Genosse Paul-Teply erschienen und konnte mitteilen, daß sich der sozialistische Jugendverband trotz aller leidenschaftlichen Bekämpfung durch die kommunistische Jugend kräftig entwickelt hat. Er ist aus dem alten österreichischen Verband entstanden und zählt 1920 33 000 Mitglieder. Der Bruderkrieg unter der Jugend hat viele in die Arme der Bürgerlichen zurückgetrieben, heute ist die kommunistische Jugend zu einem kleinen Häuflein zusammengeschrumpft. Es gilt noch manchen Kampf, um die Lage der Jugend zu verbessern. Von Jugendschule und Jugendschule kann keine Rede sein. Gegenwärtig herrscht extreme Arbeitslosigkeit, ein harter politischer Druck lastet auf der Arbeiterchaft. Was Deutschland und Österreich durch die Revolution abschütteln konnten, muß die Tschechoslowakei noch schleppen. Dort unten herrscht noch der alte Militarismus und trocknet nach neuwilligem Ruhm. Fremde Offiziere lehren, wie Rekruten gedreht werden, zwei sprachlich verschiedene Völker, die in einem Staat wohnen, werden von den bürgerlichen Regierung gegeneinander ausgeschieden. Hier muß die internationale proletarische Solidarität einschreiten, es gilt den Kampf gegen Militarismus und bürgerliche Herrschaft aufzunehmen. Mit Freuden arbeitet es sich unter der Jugend, die selbst in kleinen Industriedörfern ihre Ortsgruppen besitzt. Heute ist die Spaltung überwunden, wir wissen, es geht vorwärts!

Unsre Genossen sandten ihr ihre Schlußreden und für ihre Kampfesworte den freudigen Besuch der Leipziger Jugend. Und von Deutschland konnte ihnen berichtet werden, daß auch unsre Bewegung die stürmischen Monate gegenseitiger Bekämpfung hinter sich hat, daß sie ihren Platz behauptet hat und neugesetzt darstellt. Diesen frohen Eindruck nahmen die Genossen von Leipzig mit und erlebten ihn aufs neue in Gera, wo sie ebenfalls vor unsrer Jugend reden konnten. Wir haben dabei unsern Blick auf die sozialistische Jugend jenseits der Grenzen gelenkt und eine engere Fühlung zu den Bruderverbänden angebahnt. Gehen wir weiter auf diesem Wege und schaffen uns damit den Grund zum Aufbau einer starken Internationale des Proletariats. Das ist unsre Aufgabe kommender Tage.

Internationale Jugendkonferenz.

Ein verheißungsvoller Anfang.

Am 14. und 15. Januar fand in Leipzig eine Beratung von Vertretern der Arbeiter-Jugend-Internationale

und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft statt, die sich mit der Frage des Verhältnisses der beiden internationalen Verbindungen und der Möglichkeit gemeinsamer Aktionen beschäftigte.

An der Konferenz nahmen von der Arbeiter-Jugend-Internationale teil: Voogd-Holland, Hoyauz und de Graeve-Belgien, Christianen-Dänemark, Lindström-Schweden, Westphal-Deutschland, der Internationale Sekretär Ollenhauer und Albrecht für das internationale Bureau.

Von der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen waren anwesend: Thaller-Oesterreich, Hofbauer und Paul-Tschechoslowakei, Schröter und Höhler-Deutschland und Heinz vom Internationalen Bureau der Arbeitsgemeinschaft. Außerdem nahmen an der Konferenz eine Reihe von Gästen teil.

Der Vorsitzende der Arbeiter-Jugend-Internationale, Voogd-Holland, legte einleitend die Auffassung dar, die die Arbeiter-Jugend-Internationale veranlaßt hat, diese Konferenz anzurufen. Er gab der Meinung Ausdruck, daß in bestimmten Fällen ein Zusammenarbeiten der beiden internationalen Verbindungen und der angeschlossenen Verbände möglich und im Interesse der arbeitenden Jugend gelegen ist.

Der Vorsitzende der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen, Thaller-Oesterreich, legte heraus, daß welche Gründe die der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen angeschlossenen Jugendverbände zur Schaffung einer eigenen internationalen Verbindung veranlaßt haben. Nach der Auffassung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sei es die Aufgabe der Konferenz, die Möglichkeiten gemeinsamen Wirkens der beiden internationalen Verbündeten zu prüfen.

Hoyauz-Belgien begründete eine von der Arbeiter-Jugend-Internationale-Wiesbaden auf Antrag der Belgier beschlossene

Internationalen Arbeitsgemeinschaft vertraten Paul-Tschechoslowakei und Heinz-Oesterreich, die Auffassung der Arbeiter-Jugend-Internationale Voogd-Holland und Lindström-Schweden. Es wurde beschlossen, die Frage von neuem in den Verbänden zur Diskussion zu stellen und in einer späteren internationalen Konferenz zu erörtern. Nach einem Schlusswort Voogds wurde die Konferenz geschlossen.

Der Parteitag zur Jugendfrage.

Die Erwartungen, welche die Sozialistische Proletarier-Jugend aus den Leipziger Parteitagen gesezt hatte, sind übertritten worden. Dieser Parteitag ist nicht nur ein Parteitag des Aufbaus, der Sammlung, der Stärkung des proletarischen Klassenbewußtseins, sondern er kann auch ein Parteitag des Ausbaus der Erziehung und Bildung genannt werden.

Die Sozialistische Proletarier-Jugend hatte beantragt, die Jugendfrage als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Unser Beiflitzung, daß die mit der Sicherung verknüpften Abschaffung, nach dem Geschloßbericht dem Vorsitzenden unseres Reichsgerichts einen kurzen Bericht über den Stand unsrer Organisation zu gestalten, der Jugendfrage nicht die lohnende Beachtung sichern würde, erwies sich jedoch als hilflos.

Schon auf der am Sonntag, dem 8. Januar, stattgefundenen Bildungskonferenz nahm die Jugendfrage keinen unweichen Raum ein. Schon dort wurde besonders betont, daß die USPD nicht nur die Aufgabe habe, Mitglieder unter ihrem Banner zusammen und für den proletarischen Kampf einzutragen, sondern vielmehr dafür Sorge tragen müsse, diese Mitglieder mit dem Geiste des Sozialismus vertraut zu machen und sie mit dem getötigen, sie erst zum Kampfe gegen den Kapitalismus befähigenden Können auszustatten. Und volle Einmächtigkeit berechtigt darüber, daß diese Erziehungs- und Bildungsarbeit besonders bei den jungen aufnahmefähigen Genossen beginnen müsse, um diese für den Sozialismus gewinnen und zu denken, wissenden Klassenkämpfern zu erziehen. Die Frage, ob die gewerkschaftliche oder politische Organisation die Erfolgswahrscheinlichkeit sei, stand keine endgültige Klärung, da gerade hier die Ansichten durch teilliche Verschiedenheit bestimmt sind. Es ist klar, daß an kleinen Orten, in denen zwei, vielleicht gar drei verschiedene politische Jugendorganisationen bestehen, meistens keine von diesen lebensfähig seien und darum verständlich, wenn auch unsre Genossen dahin streben, die Jugend durch die Gewerkschaften in einer Gruppe zusammenzusetzen. Damit geben wir aber einen wesentlichen Punkt unseres Erziehungsprogramms, die gemeinsame Erziehung der Geschlechter, auf und laufen Gefahr, die Heranbildung des Nachwuchses den hemmenden Einflüssen auszuliefern. Eine einnehmende Behandlung dieser Frage wird auf der nächsten Bildungskonferenz, die hoffentlich nicht lange auf sich warten läßt, stattfinden müssen.

Auch auf der Frauenkonferenz bestand volle Einmächtigkeit, daß unsre Genossinnen sich besonders der Jugend annehmen müssen, und daß die Mütter und Erzieherinnen die unablässliche Pflicht haben, Vollmensen und Sozialisten heranzubilden.

Auf dem Parteitag konnte Genosse Schröter für SPJ die erfreuliche Mitteilung machen, daß unter Organisation trotz aller kommunistischen Spaltungen und Willkürbeiträgen wieder 12 000 Mitglieder, unsre Zeitung eine Auflage von 9000 Exemplaren hat. Eindeutig wies Genosse Schröter auf unsre Vertriebungen hin, die den Jugendkampf hin. Die sich daran anknüpfende Debatte zeigte, daß überall die Notwendigkeit der Bildungs- und Jugendarbeit erkannt worden ist. Die rein geschäftlichen Angelegenheiten traten fast völlig zurück. Unter starkem Beifall forderten alle Redner ausreichende Unterstützung der Jugend, nicht nur materiell, sondern auch durch körperliche und geistige Hilfe der erfahrenen Parteigenossen und -genossinnen in der Erziehungsarbeit sowie energetisches Eintragen der Partei für den Jugendkampf. Die allgemeine Zustimmung zu den Ausführungen unseres Redners gibt uns Gewähr, daß die Partei sich mehr als bisher der jungen Genossen annehmen, sie mit allen Mitteln fördern und die ihnen innenwohnende ungebrochene Kraft fördern werde.

Sämtliche Anträge, die dem Parteitag über die Jugendbewegung vorgingen, fanden Verständigung. Danach wird es den Organisationen nicht nur zur Pflicht gemacht, für uns zu agieren, sondern es sind auch der Jugend die zur Aktion notwendigen Mittel bereitzustellen. Bei etwaigen Aktionen hat die Partei auch unter Forderungen für den Jugendkampf als die ihrigen zu erheben. Die Jugend weiß, daß sie selbst diese Forderungen nicht durchsetzen kann. Letzter hat aber bisher die notwendige Unterstützung, wie viele Tarifabschlüsse der Gewerkschaften beweisen, gesucht.

Der Parteitag hat außerdem den am 20. Januar 1921 in Berlin mit der Proletarierjugend getroffenen Abmachungen zugestimmt und damit ist das Band zwischen Partei und Jugend geknüpft worden.

Die Jugend erwartet, daß die ihr in Leipzig gemachten Versprechungen nicht unerfüllt bleiben. Sie hofft, daß man nun daran geht, überall Jugendgruppen unsrer SPJ zu gründen, und daß sich alle, die Lust, Liebe und Fähigkeit zur Arbeit für und in der Jugend haben, als Helfer, Lehrer und Berater zur Verfügung stellen. Noch vielemehr erwarten wir aber, daß nun die Parteigenossen dafür sorgen, daß ihre eigenen Kinder nicht mehr Stammabkömmlinge der Kinos und der Tanzäle sind und bürgerliche Sport- und Wandervereine füllen, sondern sich mit ihren jungen Klassenkämpfern zu freiem Spiel und ernster Arbeit in der sozialistischen Proletarier-Jugend organisieren. Zu freiem Spiel, da wir jung sind, und Jugend und Freiheit zusammengehören. Zu ernster Arbeit als junge Proletarier, die ihre Klassenlage erkennen und sich in der Gemeinschaft weiterbilden, um neue Kämpfer für den Sozialismus zu werden.

Für uns aber als Jugendliche gilt es, das in uns gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen und mehr noch als bisher zu wirken für Ausbreitung und Verteilung unserer Organisation, für sozialistische Bildung und Erziehung, für den Schutz unsrer jungen Arbeitskinder und -schwestern, für unsre Zukunft, für den Sozialismus!

Eiser führt zum Ziel.

Der Hase verspottete einst die Schildkröte ihrer Langsamkeit wegen. „Die Natur“, erwiderte die, „hat mir freilich keinen schnellen Schritt verliehen; dennoch gerate ich mir wohl mit dir um die Welt zu laufen“. Mit Hohn und Scherz ward von dem Hasen dieser Vorschlag angenommen. Man bestimme ein Ziel. Beide machten sich zu gleicher Zeit auf den Weg. Und unermüdet raste auf schmerzeradem Pfade die Schildkröte fort. Ganz anders machte es der Hase. Um zu zeigen, wie sehr er seinen Mitbewerber verachtet, hüpfte er bald rechts, bald links und kam dem ungeachtet viel schneller bis auf die Mitte des Weges. Erneut vor den vielen Seitenprängen legte er also sich nieder, um ein wenig zu schlummern. „Ich kann ja doch“, dachte er bei sich selbst, „Schildkröte mit viel oder sehr Sprungen wieder einholen!“ So schaffte er ruhig, daß er von einem lautem Gelächter der Zuschauer erwartete. Jetzt wollte er sich hurtig aufrichten und ans Ziel eilen, als er — Schand! — die Schildkröte bereits an demselben erblickte.

A. G. Weizner,

Heute Programmwechsel!

Promenadenstraße 8

Königs-Pavillon Promenadenstraße 8
Uraufführung für ganz Deutschland!

Die Asphaltrose
Großer Sitten-, Kriminal- und Abenteuer-Film in 5 Akten
Ein zeitgemäßes Großstadtmärchen von unerhörter Wucht in Darstellung und Inhalt, von beispiellos packender Wirkung auf den Zuschauer.
Titelrolle: **Charlotte Böcklin**.
Hierzu: Das köstliche Lustspiel

Der Neffe als Onkel
Schwank in 3 Akten mit Paul Heldemann.
Musik-Einlage! Musik-Einlage!

Leipzigs Edel-Film-Programm!

Das Geheimnis des Klosters
Ein hochdramatisches Sittenbild aus einer längst vergangenen, wildromantischen, ritterlichen Zeit, 5 Kapitel nach der Novelle „DAS KLOSTER BEI SENDOMIR“ von Fr. Grillparzer.
Hierzu: Erstaufführung von

Luftschlösser oder: Der Roman eines Ladenmädels
Ein mit Humor gewürztes amerikanisches Schauspiel in 5 Akten (Metro-Film, New-York) mit der reizenden May Allison in der Hauptrolle.

Einlaß 4 Uhr, Beginn 4½ Uhr

Lüttner **Graße 19**
LINDENAUER LICHTSPIELHAUS

Achtung! Heute bis Donnerstag
Erstaufführung des Kolossal-Sittenfilmwerkes in 7 Akten

LOLOTTE!
(Der Untergang einer Menschenseele)
Hauptdarsteller Leipziger Schauspieler wie: Heise-Gött, Marie Daldorf, Fritz Eggeling, Otto Stöckel, Curt Paulus, Stella David u. a. Gräben. Außerdem der Heldemann-Lachschlager

Der Scheidungsanwalt!
Dazu Kapellm. G. Brendels erstkl. Begleitmusik.

Palast-Theater
Leipzig-Gohlis :: Lindenthaler Straße
Ab heute bis Donnerstag
Doppel-Programm.

Der Mord in der Greenstreet
Sensations-, Sitten- und Kriminal-Drama in 5 Akten.

Bill der Waldläufer
Grosser Sitten-Film in 5 Akten.
Hierzu ein weiteres fesselndes Belprogramm.

Lichtspiele Alberf - Halle

im Krysal Palast

Täglich

Harry Piel

Der König der Sensationen

Unus, der Weg in die Welt

6 Akte Das mit großer Spannung erwartete und von vielen Leipzighern miterlebte Ballon-Abenteuer.

Außerdem

Der urkomische Charlie Chaplin in

Charlie schiebt Klaviere

2 Akte.

Das Theater ist gut geholt.
Beginn wochentags 1½ Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Soeben erschienen!

Clara Zetkin und Henri Walecki
Dem Reformismus entgegen

Inhalt: Reden auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Italiens in Mailand mit einer Einleitung über die Ergebnisse des Parteitages. Erklärung der Delegation des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale — 72 Seiten
Preis: Mk. 6.— Organisationsausgabe: Mk. 4.50

Zu beziehen durch:
Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahabley, Hamburg
alle Buchhandlungen und Auslieferungsstellen der KPD.

Arbeitsmarkt

Zimmermann
von Plagwitzer Maschinenfabrik gesucht
Angebote unter T. 60 an die Exped. dieses Blattes.
Für meinen Neubau stelle ich noch mehrere tüchtige Former und Kernmacher
ver sofort gegen hohen Lohn ein
Eisengieherei Rochlitz I. Sa.

Geübter Plattenzieher
ver sofort gesucht
Beyer & Wiegand, Alt.-Gel., Gummiwarenfabrik
Leipzig-Volkmarsdorf, Kirchstraße 21/23

Rauchwaren-Zurichter
sowie einige Arbeiterinnen, 15-16 Jahre
finden dauernde Beschäftigung.
Gebr. Hecht, Rauchw.-Zurichterl. L.-Lind., Reuterstr. 6-8.

Tüchtige Zurichter-Hilfen
für Verkäufer und Wild-Waren sowie mehrere geübte Maschinenarbeiter
werden sofort eingestellt.
Dr. Friedrich König, Rauhwaren-Zurichterl. u. Färberel.
Leipzig-Lindenau, Angerstr. 20-22.

Für funktionsfähigen Betrieb
ungelehrte Arbeiterinnen
gesucht. Vortella. m. Zeugnissen Werktag 10-12 Uhr,
Schulthei-Wolterstorff, G.m.b.H., Schumannstr. 7, IV.

Geübte Arbeiterinnen
für chirurgische Patenngummiwaren sofort gesucht
Beyer & Wiegand, Alt.-Gel., Gummiwarenfabrik
Leipzig-Volkmarsdorf, Kirchstraße 21/23

1 Handpresse - 1 Schnellpresse - 1 Leimer - 1 Befchneider
für sofort lade ich
in dauernde Stellung.
A. Kölner, Großbuchb. Hohenholzstr. 17/19

Aufwartung für vormittags gesucht. Leibnitzstraße 14, L.

Tüchtige, selbständige Bauschlosser
für dauernd gesucht.
H. Steffler, Dardenbergstr. 36

Gesucht für sofort je 1 tüchtige Jadenhälzerin und Automatenholzerin
serner eine tüchtige Lederhälzerin
A. Kölner, Großbuchb. Hohenholzstr. 17/19.

Tüchtige Diarren- arbeiterin 1. G. Leonhardt, L. Klisch. Schönauer Weg 10
Frau zum Reinemachen für Mittwoch u. Sonnabend gef. Wink. Henriettenstr. 11, II.

Aufwartung 4 mal wöchl. Dienstag, Elßäuer Straße 14, I.

Verhälse
Jeder billig! Böttchergasse Flam. Lederhandlung.

Gratis
können Sie meine auffallend billigen neuen und getragenen Anzüge besichtigen.

Anzüge
besichtigen.

Hosen
Militär-, gestreifte, schwarze, Pilot-, Mannheimer- und alle Arbeitshosen spottbillig.

Schuwaren
staunend billig beim billigen.

KANNER
nur Eisenbahnstr. 5
Habe keine Filiale.

Bill. Reformbetten
eigene Fertigung.
Chaiselongues nur Dreilindenstr. 5
nur Köln Laden. 13.

Platin - Zahngesäß
Gold - Gold - Silber - Silber
Barren Bruch Ketten Uhren Bestecke Brillanten Perlen Platin usw. kauft

Robert Kordmann
in Salzgäßchen 1a Ecke Markt Laden 1a

Platin - Zahngesäß
Gold - Gold - Silber - Silber
Barren Bruch Bestecke Brillant, loso und gefaßte Steine kauft auch v. Händlern u. Fachleuten Fritz Panier, Yorkplatz 2, p. Edelmetallschmelz. Besicht, auch auswärts.

Hans Eitner
Leipzig, Holzherstr. 11/13, Bernau 13/500 u. 20310, Wohnungs-Tausch.

Masken-Kostüme
für Damen u. Herren zu verleihen von 15 M. an Richter, Berliner Str. 6, I. (Ecke Blücherstr.) Tel. 9135

Wohnungen

Anläßlich Schließstelle von Mädchen gesucht. Off. V. 13 Tel. d. Blatt. Seiter Str. 32.

Gelei. Schließstelle f. alleinst. Tel. d. Blatt. gesucht. Off. V. 14 Tel. d. Blatt. Seiter Str. 32 Möbl. 31. m 2 Bett Wohnung, nicht drin im 2. Kind. i. Off. V. 1033 Tel. Reichenhain Str. 32.

Wo findet junges Ehepaar leer. Zimmer m. Kochof. Off. u. 5.50 a. d. Exp. d. Blatt.

Junges Ehepaar sucht 1-2 leere Zimmer im Osten Burauer Straße 8, I. M. 1-2 leere Stuben v. Ehepaar gesucht. Off. U 61 Exp. d. Bl.

Laudie meine Wohnung
St. Ka. u. Küche in Klisch. g. ob. gr. 1. Vo. Nähe Kirche, Körber-Geh., Kitzelstr. 8, S.

Gelegenheitsküche !!!
Schuhwaren
finden Sie stets zu billigsten Preisen bei **H. Bannass**
L.-Plagwitz, Ziegelsstr. 2.